

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 157 SONNTAG, 14. Juni 1936

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Die Engländer und Hitlerdeutschland
Deutsch-amerikanischer Handelskrieg
Militanter Katholizismus
Altmodisches Frankreich

Die Politik der Hintertreppe

Isolierung Englands von Zentraleuropa?

Die Geschichte der sogenannten »nationalen Revolution« in Deutschland ist ein Hintertreppenroman, und dazu noch ein schlechter. Das Tagebuch von Göbbels hat die einzelnen Phasen des Einschleichens in die Macht über die Hintertreppe gezeigt, bei dem mehr oder weniger dunkle Ehrenmänner Pate gestanden haben. Ueber den Bankier Schröder zu Papen, über Papen zu dem Januschauer und Oskar von Hindenburg, über die Camarilla zum Alten, und dann über Schleichers Kopf in die Macht. Während vorne der offizielle Reichskanzler noch verfassungsmäßige Politik markierte, schlich sich hinten der Staatsstreicher inoffiziell in die Macht.

Die dummdreisten Versuche der hitlerischen Außenpolitik vom Vorjahre, die englische Politik in ein Freundschaftsverhältnis auf Kosten der kleineren Nationen Europas zu locken, sind erfolglos geblieben. Wir haben damals auf die Hintertreppe verwiesen, mit dem Hitler die Neutralität Englands für den Fall deutscher Abenteuer in Ost- und Südosteuropa erkaufen wollte. Was nicht auf geradem Wege gegangen ist, wird jetzt über die Hintertreppe versucht. Während der offizielle Vertreter des britischen Reiches in Berlin vergebens auf die Beantwortung des englischen Fragebogens drängt, ist Herr von Ribbentrop inoffiziell nach London gereist, um dort Lord Londonderry zu besuchen — den Mann, der einst englischer Luftfahrtminister war und in dieser Eigenschaft nichts gesehen hat, bis sich Hitler herabgelassen hat, Sir John Simons einen Teil der Wahrheit über die deutsche Luftrüstung zu sagen. Zu diesem Manne, der nicht mehr in der englischen Regierung sitzt — oder noch nicht wieder — dar zu einer ausgesprochenen hitlerfreundlichen germanophilen Richtung in England gehört, die mit der offiziell vorgeführten Politik des Kabinetts nicht übereinstimmt, zu diesem Parteigänger ist Hitlers Sondergesandter gefahren. Trotz aller Dementis behaupten sich die Nachrichten über die Vorschläge, die Hitler über diese Hintertreppe lanciert: freie Hand für Hitler in den Ost- und Südostfragen gegen deutsche Garantie der englischen Machtstellung im Ost- und Mittelmeer.

Es ist unverkennbar, daß im englischen Volke starke Strömungen vorhanden sind, die ein englisches Desinteressement an den Ost- und Südostfragen wünschen, und denen es sehr gleichgültig ist, ob der Status quo im Osten und Südosten Europas erhalten bleibt, weil sie es achselzuckend mit der beschränkten Spießbürgerauffassung halten: wenn hinten weit in der Türkei die Völker aufeinander schlagen — so braucht das einen guten Engländer auf seiner Insel nicht zu stören. Der Gedanke der kollektiven Sicherheit, zu dem gerade diese Art von Engländern sich am laute- sten bekennen, ist für diese Meinungsströmung zu einem Lippenbekenntnis geworden. Es ist diese Meinungsströmung, zu der das Hitlersystem Zugang über die Hintertreppe sucht.

Das alles ist gar nicht verborgen. Es geht ebenso öffentlich vor sich wie die Vorbereitung des abessinischen Krieges durch Mussolini. Die gleichgeschaltete Presse des Hitlersystems macht aus den Absichten des Systems keinen Hehl. Sie sucht die öffentliche Meinung in England wie die Regierungspolitik vorwärtszudrängen

in der Richtung der Zerstörung der Grundgedanken des Völkerbundespaktes, der Entwertung der kollektiven Sicherheit und der Isolierung Englands in den zentral-europäischen Fragen. Die Richtung der hitlerdeutschen Aktivität ist unverkennbar. Während Ribbentrop in England Wochenendbesuche macht, reist Schacht auf dem Balkan. Sein Weg geht nach Budapest, Belgrad, Sofia, Athen und Angora. Er reist in Kompensationsgeschäften und Verrechnungsangelegenheiten, er sucht Lebensmittel, um das Loch in der deutschen Ernährungsbilanz zu stopfen und er offeriert dafür deutsche Industriewaren — in der Hauptsache aber Waffen. Er will die durch die Sanktionspolitik geschaffene handelspolitische Lage ausnutzen, um dem deutschen Export wieder eine Monopolstellung in Mittel- und Südosteuropa zu verschaffen. Die wirtschaftliche Durchdringung soll den Weg zur politischen Kontrolle über Mittel- und Südeuropa öffnen. Die eine Hauptrichtung der Expansion des braunen Imperialismus ist damit deutlich angezeigt. Daß es nicht nur um die reine Wirtschaft geht, zeigt sich daran, daß gerade jetzt die Aktivität der österreichischen Nationalsozialisten wieder zunimmt. Die Politik, die mit der Wiederbesetzung und Befestigung des Rheinlandes deklariert worden ist, nimmt ihren logischen Fortgang. Voraussetzung für

ihren Erfolg ist, daß die Einheit der europäischen Politik vorher zerstört ist, daß Europa in Interessensphären der Großmächte aufgeteilt wird, daß ohne Krieg und vor dem Kriege die Kriegsziele ausgehandelt werden, und daß die englische Politik den osteuropäischen Teil der hitlerschen Kriegsziele vorher approbiert.

Das ist es, was Hitler von England will — und sei es auch in Verhandlungen über die Hintertreppe. Er hat der Welt das Schauspiel gezeigt, wie man durch Schleiche- wege über Hintertreppen zu despotischer Macht gelangen kann. Er arbeitet eifrig daran, diese Methode ins Internationale zu übertragen. Sie hat den Vorzug, daß ihre Wendungen und Kniffe nicht in Blaubbücher eingehen, die enttäuschte Regierungen die sich wie törichte Jungfrauen benommen haben, post festum veröffentlichen können. Sie unterliegt auch nicht unbequemer parlamentarischer Kontrolle, und sie erspart es Regierungen, die auf Prinzipien eingeschworen sind, sich in öffentlichen Widerspruch zu ihren Prinzipien zu setzen. Wir sehen mit Besorgnis, daß nicht nur Hitler selbst das verwerfliche Spiel treibt, sondern daß er auch in England auf willige und verständnisvolle Partner stößt. Am Ende wird er noch der Welt vormachen, wie man einen europäischen Krieg gewinnt — über die Hintertreppe.

Es gibt keinen Weltfrieden

Nationalsozialistische Offenherzigkeiten.

In der nazi-amtlichen »Westfälischen Landeszeitung« zieht Wolf Dieter Langen, der römische Korrespondent des Blattes, die Folgerungen des abessinischen Krieges und faßt dabei mit erstaunlicher Offenheit das Programm der deutschen Außenpolitik in Worte. Wir zitieren aus seinen Darlegungen:

Die erste Lehre dieses Feldzuges ist wieder die, daß gegenüber Reden, Gefühlen und Propaganda nur eins gilt: die Tat! ... Die Tat oder ihre Äußerung: die »vollendete Tatsache« allein schafft Entscheidungen. Das »faschistische Imperium« ist der lebendige Beweis dafür.

Nicht weniger wichtig ist die zweite Lehre: Es gibt in Europa keinen Status quo, ebensowenig wie es einen »Weltfrieden« gibt. ... Der Weltfriede läßt sich nicht kommandieren. Der Weltfriede läßt sich nur schaffen, wenn die Beachtung der Lebensnotwendigkeiten aller Völker die Grundlage zur Gemeinschaftsarbeit abgeben, nicht aber die Vorrechte einzelner. Die »Politik der vollendeten Tatsache« (Italien in Abessinien) ist die direkte, logische Folge der wie eine Zwangsjacke über Europa liegenden Politik des Status quo. Solange nur ein »Völkerbunde«, nicht aber die Völkergemeinschaft besteht, in der nicht Vorrechte gelten, sondern die Lebensnotwendigkeiten der Völker bei gleichzeitiger verständnisvoller Rücksichtnahme der Völker aufeinander, so lange werden trotz Verbote doch Kriege entstehen. Diese neuen Kriege wie in Abessinien nämlich: Ohne Kriegserklärung, ohne Friedensschluß.

Wer hiernach Absichten und Methoden der Hitlerschen Außenpolitik nicht erkennen will, dem ist nicht zu helfen. Der Artikel verkündet mit voller Deutlichkeit, was die Regierenden in Deutschland wollen: Ohne Kriegserklärung auf gewaltsame

Weise die europäische Landkarte revidieren, durch möglichst rasches Handeln immer wieder vollendete Tatsachen schaffen, denen sich, wie sie hoffen, die überrumpelte Welt beugen wird.

Diese Welt aber — was zieht sie für Schlüsse aus solchen offenherzigen Ankündigungen?

Geübt bleibt geübt

Ohne zerpochte Fensterscheiben kein Aufbruch der Nation.

Im schönen alten Köln hat jetzt, wie die Wiener »Reichspost« sich von dort melden ließ, der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund den Sturmangriff auf die Häuser jener katholischen Verbindungen dieser Universitätsstadt angesetzt, die es wagten, das Sieb-Totstellen ihrer Kommilitonen anderer Couleur (zu Zwecken der Gleichschaltung) zu verabreden. Nach dem Wiener gutunterrichteten katholischen Blatt wurden die Helme der Verbindungen »Rheinlands« und »Grotenburg« überfallen und ausgeplündert, und zwar durch studentische SA. Beim Hause der katholischen Verbindung »Rappoltstein« wurden »nur« die Türen und Fenster eingeschlagen; hinein kam der miles gloriosus des gleichgeschalteten »Studentenführers« Derichsweller nicht, weil sich die »Rappoltsteiner« drinnen gut verschanzt hatten und die Revolution siegreich mit Spazierstöcken abzuwehren wußten...

Uns interessiert an dem Casus — genau drei Jahre nach dem Tage in Szene gesetzt, an dem Hitler feierlich das »Ende der Revolution« anbefohlen hat, womit er ohne Zweifel grade kleptomatische Verdingungen seiner Revolutionäre an fremder Leute Eigentum meinte — am meisten die Tatsache, daß es gar nicht so leicht ist, den Menschen die Untugenden wieder abzugewöhnen, auf die man sie so planvoll dressiert hatte. Die »Marxisten« konnten das erste Lied davon singen, wie Häuser und Wohnungen kunstvoll »gestützt« worden. Dann kamen die Juden dran. Dann die Freimaurer. Dann der »Stahlhelm«. Dann — also es ist schon so: geübt bleibt geübt!

Altmodisches Frankreich

Es erkennt erst jetzt das Recht der Gewerkschaften an.

In der »Deutschen Allgemeinen Zeitung«, Erscheinungsort Berlin, schreibt der Chefredakteur Silex:

»Deutschland ist schon im Vergleich zu vielen anderen Ländern seit den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts ein gesellschaftlich recht fortgeschrittenes Land.

Es mußte uns etwas altmodisch an, wenn wir hören, was nach dem Streikwiesge der französischen Arbeiter der Generalsekretär des marxistischen Gewerkschaftsverbandes Jouhaux als den größten Sieg bezeichnet, den die Arbeiterklasse in der Geschichte erzielt habe: zum ersten Male in der Geschichte Frankreichs sei ein Abkommen zwischen dem Gewerkschaftsverband und dem Arbeitgeberverband unterzeichnet worden! Mit tiefer Befriedigung verkündet der Generalsekretär, daß das Recht der Gewerkschaften nun

anerkannt sei.

Im Jahre 1936! Es kommt uns vor, als ob die »jale« Entwicklung eine oder fast zwei Generationen zurückhinkt. Etwas Ähnliches erlebten wir ja gerade in Amerika, dessen sozialer Präsident sich die heftigste Mühe um die Anerkennung auch nur des

Verhandlungsrechtes der organisierten Arbeiterschaft

geben mußte. Auch in der Beurteilung der amerikanischen Verhältnisse hat mancher mit zu »modernen Maßstäben gemessen und sah schon die soziale Revolution. Frankreich galt bisher allgemein als ein sozialpolitisch recht rückständiges Land. Es dürfte also ratsam sein, den Generationsunterschied in der Entwicklung der sozialen Verhältnisse im Auge zu behalten, um nicht das, was gegenwärtig in Frankreich geschieht, auf eine falsche Stufe der geschichtlichen Leiter zu stellen. Die französischen Arbeiter feiern ihren Sieg nicht, weil sie den Unternehmer gestürzt, sondern weil sie den Arbeitgeber an den Verhandlungstisch »bewogen« haben.«

Allerdings: das Recht der Gewerkschaften wurde in Deutschland schon früher anerkannt als in Frankreich, nämlich im November 1918. Damals wurden die Unternehmer von den »Novembervernichtern« dazu gezwungen. Von da ab gab es ein staatlich anerkanntes »Verhandlungsrecht der organisierten Arbeiterklasse«, und das war wirklich auch einer der größten Siege, die die Arbeiterklasse in der Geschichte erzielt hatte. Leider vergißt Herr Silex ganz, seinen Lesern zu erzählen, was aus diesem Siege geworden ist, wer den deutschen Arbeitern ihr schon erkämpftes Recht geraubt hat, und wie sich die Lohn- und sonstigen Verhältnisse in Deutschland seitdem entwickelt haben!

Völkerbund am Kreuzweg

Daß der Völkerbund, Rat und Versammlung, nun wirklich Ende Juni zusammentreten wird, wird man erst glauben, wenn man es sieht. Und daß er Beschlüsse fassen wird, die gebauen und gestochen sind, wird man erst glauben, wenn man sie liest. Einatmen sind darüber, was er tun oder lassen soll, in allen Lagern die Meinungen geteilt.

Die Aufhebung der Sanktionen gegen Italien bedeutet — darüber ist sich alle Welt einig — die furchtbarste Niederlage des Völkerbundes und Englands, die

Nationalsozialistische „Führerbildung“

man sich vorstellen kann. Ein so kläglicher Verzicht auf alle guten und tapferen Vorsätze, eine solche Kapitulation des Rechts vor der Gewalt ist nicht möglich, ohne das Vertrauen zum Völkerbund, so fern überhaupt noch ein Rest davon vorhanden ist, bis auf den Grund zu erschüttern.

Das Verharren bei den Sanktionen ohne Verschärfung bedeutet Fortdauer der Spannungen, aber keinen starken Druck. Sicher nicht einen solchen, der bald Mussolini zu einem anderen Verhalten zwingen könnte. Viel eher ist ein allgemeines Versickern und Abbröckeln zu erwarten, etwa wie bei einem verlorenen Streik, den zu beenden man nicht mehr die Kraft hat.

Die Verschärfung der Sanktionen bedeutet Kampf, Kampf auf Sieg oder Untergang, zwischen den Sanktionsmächten und dem faschistischen Italien. In diesem Kampf wird Italien Bundesgenossen suchen und vielleicht finden. Der zweite Weltkrieg wäre dann in Sicht, in dem möglicherweise — nach einer Verständigung über Oesterreich — Deutschland und Italien gemeinsam für die Neuaufteilung Europas, Vorderasiens und Afrikas kämpfen würden.

Die rechtzeitige Niederwerfung des faschistischen Italiens hätte den Sturz Mussolinis und eine entscheidende Schwächung Hitlers zur Folge gehabt. Daß heute eine solche Politik des Prinzips gegen den faschistischen Friedensbrecher vom Völkerbund nicht mehr zu erwarten ist, darf man für gewiß halten, es ist auch keineswegs sicher, daß sie heute angewandt noch zum Erfolg führen würde. Alles spricht also dafür, daß der Völkerbund und die ihn stützenden demokratischen Mächte aus Sorge um den Frieden solange vor den Diktaturstaaten zurückweichen werden, bis ihnen ein plötzlicher Angriff die Waffen der Verteidigung in die Hand zwingen wird.

Blums erste Erfolge

Die Regierung Blum hat einen guten Start gehabt. Mit einer imposanten Mehrheit hat ihr die Kammer das Vertrauen ausgesprochen, und es ist ihr gleich darauf gelungen, die ungeheure Streikbewegung, die ganz Frankreich erfaßt hatte, mit einem großen Erfolg für die Arbeiter zum Stillstand zu bringen. Sie kann nach diesem glücklichen Anfang mit frischen Kräften an die große und schwere Aufgabe herangehen, die sie sich vorgenommen hat.

Die französische Streikbewegung war die Folge einer seit Jahren betriebenen Deflationspolitik, die zu einer wesentlichen Senkung der Reallohne geführt hatte. Auch nachdem sich die Konjunktur wesentlich günstiger gestaltet hatte, blieben die Löhne auf dem alten niedrigen Niveau. Der politische Umbruch nach links, der sich mit den Volksfrontwahlen vollzogen hatte, gab den Arbeitern den Mut zu einer Taktik, die unter einem gefestigten reaktionären Kurs unweigerlich zu blutigen Zusammenstößen geführt haben würde. Sie verließen nach der Einstellung der Arbeit nicht die Fabrik, sondern blieben dort, um eine Wiedereingangssetzung durch Streikbrecher zu verhindern. Da die in Demission befindliche Regierung Sarraut klugerweise jede Gewaltanwendung vermied, war der Erfolg dieser Taktik gesichert.

Ihre Anwendung läßt sich aber natürlich nicht nach Belieben fortsetzen. Jede Lohnbewegung muß auf Grenzen stoßen, die ihr durch die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft gesetzt sind. Wäre dem nicht so, so wäre ja die kapitalistische Welt die beste aller Welten. Die große Lohnbewegung war eine politische Angelegenheit, sie mußte logischerweise auch mit politischen Mitteln zum Stillstand gebracht werden.

Man muß nun hoffen, daß es Léon Blum gelingen wird, das Reformprogramm der Volksfront in raschen Zügen durchzusetzen. Er wird damit einen sozialen Zustand herbeiführen, der ungefähr dem der Republik von Weimar entspricht, und er wird noch ein tüchtiges Stück darüber hinausgreifen, wenn ihm auch die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie gelingt.

Einstweilen liegen noch viele Steine auf dem Wege, wovon die Währungsfrage nicht der kleinste ist. Es ist fraglich, ob es der Regierung gelingen wird, das Währungsexperiment, das sie nicht will, zu vermeiden. Die zahlreichen Anhänger der Devaluation, die es bisher schon gegeben hat, werden jetzt eine Verstärkung aus jenen Unternehmerkreisen erhalten, die die ihnen aufgezwungene Lohnerhöhung durch eine Goldwertung wieder wettmachen wollen. Im Kampf gegen die führenden Männer der Hochfinanz und der Schwerindustrie wird die Regierung Blum alle Schwierigkeiten kennen lernen, mit denen auch die deutsche Sozialdemokratie in der Republik gerungen hat.

So erfahren jetzt auch die französischen Genossen, obwohl sie sich glücklicherweise

Die »Führerschulung« ist im Dritten Reich jetzt große Mode. Auf »Ordensburgen« werden auserwählte SS-Leute zusammengefaßt; die Gewerkschaftsschule des ADGB in Bernau ist zu einer »Führerschule« der Arbeitsfront umgewandelt worden, und selbst der Reichsverband der Ortskrankenkassen hat eine Führerschule in dem oberbayerischen Kurort Eibsee eingerichtet. Der Eintritt in diese Führerschulen vollzieht sich unter mancherlei merkwürdigen Zeremonien von theatralisch-mittelalterlichem Anstrich, aber noch merkwürdiger ist der Lehrstoff, der dort den neuen »Führern« vorgesetzt wird. Für die Schulungslehrgänge gibt der Reichsverband der Ortskrankenkassen besondere Schulungshefte heraus, die den Lehrplan und Lehrstoff in knapper Form enthalten.

Aus der Nummer 5 dieser Schulungshefte vom 1. Mai 1936 ergibt sich, daß die Krankenkassenführer außer mit Fachfragen auch noch mit außenpolitischen und historischen Fragen vertraut gemacht werden sollen. Das Referat Außenpolitik bearbeitet ein sonst unbekannter NS-Reichstagsabgeordneter namens F. H. Woweries. Er teilt den Krankenkassenbeamten mit, daß der Faschismus eine unvollkommene Form des überall auf der Welt beginnenden »rassischen« und »blutsmäßigen« Erwachens ist, weil die italienischen Faschisten mit ihren Rasseninstinkten, »ganz abgesehen vom jüdischen Problem, dort viel bedenkliches übrig lassen, wo der italienische Soldat der »schönen Absentierin« heute zuzieht: »Wir nehmen dich mit uns freie Rom — von unserer Sonne wirst du geküßt. Im Schwarzhemd wirst auch du dann Römerin sein!«

Dann wird mitgeteilt:

»Wir lesen von starken Regungen des völkisch kraftvollen flämischen Volkstums... das sich gegen die wallonische Vorherrschaft auflehnt.

durch die Volkfront vor den gefährlichen Zweifrontenkrieg, vor den Angriffen der Kommunisten in den Rücken sichern konnten, daß das Regieren alles andere als ein Vergnügen ist. In Deutschland aber vernehmen indessen die sozialistischen Arbeiter und alle freiheitlich und rechtlich Gesinnten mit klopfendem Herzen, daß in Frankreich die Sozialisten regieren und daß die Arbeiter der französischen Republik in einen neuen Abschnitt ihres Befreiungskampfes eingetreten sind. Mit einer Leidenschaftlichkeit, wie sie nur die Seelen von Unterdrückten kennen, wünschen sie ihren freien französischen Genossen den vollen Sieg.

Henleins Juni

Der kleine Hitler von Nordböhmen, Konrad Henlein, erlebt jetzt, zwei Jahre nach dem großen Vorbild seinen Juni. Und nur die Tatsache, daß er unter der fürsorglichen Aufsicht eines demokratischen Staatwesens steht, bürgt dafür, daß es in diesem Juni Konrad Henleins keinen 30. geben wird. Immerhin führt die parteioffizielle »Rundschau« eine Sprache, die blutige Erinnerungen weckt, wenn sie von Machtdünkel und Verblendung, ja von offener Rebellion in den Reihen der Unterführer redet und »harte Zugriffe« in Aussicht stellt.

Der getarnte Faschismus der Sudetendeutschen Partei leidet unter denselben inneren Schwierigkeiten wie die große Mutterpartei im Norden. Er steht dauernd vor der Gefahr, daß ein nationalsozialistischer Volksgemeinschaftsschwindel an den harten Tatsachen des Klassenkampfes zerschellt. In Deutschland konnte diese Gefahr durch ein über Leichen gehendes Unterdrückungssystem zunächst gebannt werden. Der sudetendeutsche Faschismus kann aber weder den Arbeitern ihre politischen Rechte nehmen, noch sich seiner inneren Widersacher durch Mord und Totschlag entledigen. Andererseits muß er seine »Legalität« so weit anspannen, daß er sogar die Verteidigungsanleihe der Tschechoslowakischen Republik annehmen muß, obwohl auch er nicht im Zweifel darüber sein kann, gegen wen sich diese Verteidigungsmaßnahmen richten.

„Glückseliges Eiland!“

In seiner Pfingstnummer veröffentlichte der sozialistische Daily Herald, das Zentralorgan der englischen Arbeiterpartei, an leitender Stelle diese kurze Betrachtung:

»Pfingsten ist nicht nur ein hohes Fest, sondern auch die große Zeit der Jahreskonferenzen. Ueberall in unserem Lande versammeln sich Männer und Frauen, um ihre Streitfragen zu erörtern und ihre Angelegenheiten vorwärts zu bringen. Diese Angelegen-

14 Millionen Deutsche Belgiens und der Niederlande wollen ein gemeinsames Reich...«

»In der gleichen Blickrichtung taucht in den Wogen des französischen Wahlkampfes die beinahe vergessene Bewegung der bretonischen Autonomisten wieder auf... sie war zeitweise sogar willens, mit den blutverwandten londonfeindlichen Autonomisten Irlands als den Willensträgern keltisch-angelsächsischen Gegensatzes in festere Tuchfühlung zu treten.«

Am allerschönsten ist die Erklärung der katalonischen Autonomiebewegung in zwei Zellen: »In Nordspanien rebelliert Kataloniens (Got-Alanien-Goten und Alanen) vier Millionen starkes Volkstum gegen die sich immer mehr bolschewisierende Metropole der Pyrenäenhalbinsel.« Daß Katalonien bei der neuerlichen »Bolschewisierung« der Pyrenäenhalbinsel kräftig mitgeholfen hat, wird wohlweislich unterschlagen.

Ebenso aufschlußreich sind die Äußerungen über die Tschechoslowakei:

»In der heutigen Tschechoslowakei konnten die Pittsburger Verhandlungen von 1917 den blutbedingten völkischen Gegensatz zwischen Tschechen und Slowaken, die unter Pater Klinka (kein Druckfehler! P. Woweries weiß nicht, daß der Pater in Wirklichkeit Hlinka heißt!) ihr eigenes Ministerium erstrebten, nicht endgültig beseitigen. Das gelang auch nicht, als im letzten Wahlkampf im Dezember 1935 (P. Woweries meint offenbar die Präsidentenwahl) der politische Katholizismus seinen Einfluß stark geltend machte und außerdem Herr Hodza, der Ministerpräsident, ein Slowake ist. (Der Stil ist echt neudeutsch!) Im Gegenteil, die Kurie hat ihren Eifer einer zwischen Prag und Warschau zu schaffenden »Einheit« des Neuheidentums damit bezahlen müssen, daß die slowakisch-polnischen Beziehungen unter Umständen verbessert werden, wenn Pater Klinka (!) am nächsten Pfingstfest nach Czestochau geht. Gerade das tschechische Staatsgebilde ist ein typisch Versallier »Selbstbestimmungsstaat«, der ne-

ben den genannten beiden Volksgruppen noch 22 v. H. Deutsche, 5 v. H. Magyaren, ferner Polen und Rumänen in seine Grenzlinie einschließt. Nicht zuletzt die aus den Volkstumagegensätzen resultierenden Schwächen und tschechischen Minderwertigkeitskomplexe dieses Staates haben den bolschewistischen Truppen das Land geöffnet und eine unverantwortliche Bedrohung der europäischen Kultur zugelassen.«

Aus solchem und ähnlichem lichtvollem Gefasel zieht Herr Woweries dann den Schluß: »Von der inneren eigenen Volkstumstärke geschlossener Nationalstaaten hängt die Stärke der Eindämmung des Bolschewismus ab.«

Herr Woweries sucht auf diesem Wege der staunenden Hörerschaft in seiner Führerschule zu beweisen, daß bisher allein in Deutschland die »politische Vernunft« herrscht. Mit wieviel Unwissenheit und Unbildung diese neue »politische Vernunft« einhergeht, beweist unter anderem der zweite Abschnitt des Schulungsheftes, der sich mit der »Sozialen Frage im Mittelalter« beschäftigt. Dieser Abschnitt bescheinigt der Kirche, daß sie die soziale Fürsorge und Krankenpflege im Mittelalter eifrig betrieben habe, bis irgendwoher ein »zerseetzender Geist« sie erfaßte. Der Abschluß des Niedergangs der mittelalterlichen Kultur und damit auch der kirchlichen Kranken- und Armenpflege wird nicht ganz mit Unrecht in den Wirren des Dreißigjährigen Krieges gesehen. Aber der Dreißigjährige Krieg fand nach Ansicht der Leiter dieser Schulungskurse bereits von 1518 bis 1548 und nicht erst hundert Jahre später statt, wie es sonst auf der Volksschule jeder Schüler lernt. Anscheinend gehört diese Vordatierung historischer Ereignisse um hundert Jahre auch zu der neuen Grundlage, auf die die völkische »Wissenschaft« jetzt überall gestellt wird.

F. Schloßer.

heiten sind von unendlicher Mannigfaltigkeit und oft einander entgegengesetzt. Aber jede Gruppe versammelt sich frei und redet frei, ohne Furcht, ohne Schaden und ohne Strafe. Jeder trägt, so wie er es für seine Pflicht hält, zur Förderung des allgemeinen Wohles bei. Jeder kennt seine Rolle in einer großen freien Gesellschaft, in der durch Diskussion und Achtung fremder Meinungen, Uebereinstimmung gesucht wird und niemand denkt anders als mit Scham an die Möglichkeit, Meinungsverschiedenheiten durch Gewalt zu erledigen.

Läßt uns dieser Segnungen bewußt sein.«

Olympia-Schwindel

Braune Täuschungsversuche.

Anläßlich des Internationalen Gemeindekongresses, der in Berlin und München getagt hat, war einzelnen der auserwählten Persönlichkeiten des Regimes sogar Äußerungen gegen die diktatorischen Methoden erlaubt. Der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, einer der deutschen Referenten auf dem Gemeindekongreß, schrieb in der »Frankfurter Zeitung« in einem Begrüßungsartikel u. a.:

»Es ist sehr einfach, von oben nach unten zu befehlen. Aber bei der Vielgestaltigkeit der öffentlichen Aufgaben und der wirtschaftlichen Tätigkeiten in Deutschland, sowie bei der Verschiedenartigkeit der deutschen Stämme ist es nicht einfach, den Befehl so abzuwägen, daß er überall richtig wirkt. Ein System, daß von oben nach unten nur um den Befehl arbeitet, hat bestenfalls eine Unterlage von Beton. Auf ihr stoßen sich die Kräfte. Diese Stöße können die Grundlage schließlich zerstören.«

Auf der als Auftakt zum Internationalen Gemeindekongreß veranstalteten Tagung der Vorstände des Deutschen Gemindetages und seiner Landes- und Provinzial-Dienststellen sagte der nationalsozialistische Oberbürgermeister von München, Flehler, in seinem Referat: Ueber volksverbundene Gemeindepolitik:

»Der Führer der Gemeinde sei kein Tyrann seiner Mitbürger. Er sei nicht unbeschränkter Vorgesetzter einer bürokratischen Hierarchie, er sei auch nicht souveräner Herrscher einer beliebigen Masse von Untertanen. Daher sei es selbstverständlich, daß im Verhältnis zu den (von der NSDAP ernannten — D. Red.) Gemeinderäten und anderen Ehrenbeamten niemals ein diktatorischer Ton einzufließen dürfe, der jeden selbstbewußten Mann die Lust nehme, in der Gemeinde mitzuwirken. Vertrauensvolle ausführliche gemeinsame Auseinandersetzung über alle bedeutenden Fragen sei notwendig. Es sei auch nicht zu billigen, fest in der Bevölkerung verwurzelte Bürgervereine aus unangebrachten Organisationsgelisten heraus zu zerschlagen...«

So äußern sich in Zeiten des Internationalen Gemeindekongresses die Beauftragten und Spitzen des diktatorischen Regimes, die sich überhaupt nur als Repräsentanten des deutschen Volkes herausstellen können, weil alle demokratischen Grundlagen restlos vernichtet sind. Nach dem Kongreß weht wieder ein anderer Wind. Es ist die Methode des Olympiaschwindels. Vor der Olympiade potemkinsche Dörfer — die Zeit nach der Olympiade aber macht sich die Welt auf neuen Terror, neue Schandtat, neue Emigration, kurz auf einen neuen Tobsuchtsanfall des Systems gefaßt.

Die neue Hörigkeit

Der »Reichsnährstand« des Darré erblickt den Idealtyp des Landarbeiters im »Heuerling«. Der Heuerling ist ein Landarbeiter, dem sein Arbeitgeber ein Stück Land zur Pacht überläßt. Die Pacht wird vom Lohn abgezogen. Der Reichsnährstand will diese seltene, nur in wenigen Teilen Deutschlands bekannte Form des Arbeitsverhältnisses allgemein machen. Das bedeutet, daß der Landarbeiter in ein doppeltes Abhängigkeitsverhältnis kommen soll, sowohl als Arbeiter als auch als Pächter, daß er sich auf mindestens fünf Jahre im Arbeitsverhältnis binden muß. Eine neue Form der sozialen Gebundenheit einerseits, der sozialen Herrschaft andererseits soll ganz allgemein durchgeführt werden, eine neue Hörigkeit soll mit Hilfe eines privatrechtlichen Arbeitsverhältnisses erzeugt werden. Dieser Plan des Reichsnährstandes enthält deutlicher als vieles andere das wahre soziale Wesen des Dritten Reiches.

Wenn die »feinen Leute« sterilisiert werden

Amtlich wird im Dritten Reich jetzt die folgende Taxe bekanntgegeben:

»Als Gebühr für die Unfruchtbarmachung durch Bestrahlung mit Röntgenstrahlen einschließlich des Honorars für die ärztlichen Verrichtungen werden RM 50.—, für die Unfruchtbarmachung durch Bestrahlung mit radioaktiver Substanz einschließlich der ersten Untersuchung und der zur Einlegung des Präparates erforderlichen ersten Maßnahmen werden RM 40.— festgesetzt.«

Bei gewöhnlichen, insbesondere weniger zahlungsfähigen Mitgliedern der Hitlerschen Volksgemeinschaft wird die peinliche Prozedur mit dem Operationsmesser vollzogen, wie unlängst hier nach Dokumenten aus dem Dritten Reich, geliefert von seinen Sterilisationsachverständigen, dargelegt wurde. Die »besseren Herrschaften« dagegen können es gegen bare Kasse besser, mindestens weniger dramatisch, haben.«

Hitlers Prätorianer

Die Zeitschrift des Rassepolitischen Amtes der NSDAP »Neues Volk« verrät in ihrem Maße, wie die Leibgarde gewonnen wird, die den Führer vor der Liebe seines Volkes zu schützen hat. Aus SS, SA, Arbeitsdienst und Hitlerjugend werden die zuverlässigsten Leute zwischen 18 und 22 Jahren herausgesucht, diese Zuverlässigsten werden geselekt, gemessen, untersucht, geselekt, geprüft und wieder geselekt, ehe sie den Eid leisten dürfen. Der Beginn sieht so aus:

Auf dem großen, sonnenhellen Sportplatz eines Kirchdorfes in Holstein steht eine Arbeitsdienstabteilung zum Appell angetreten. Der Gruppenführer, dem der Abteilungsleiter eben die Abteilung gemeldet hat, wendet sich zum rechten Flügel.

»Wer ist 1 Meter 80 groß und größer? Hände fliegen hoch, zehn, zwölfte Hände, dann reißt es ab. Der letzte Mann wird an eine Sprunglatte gestellt, erhält einen Bleistiftstrich über dem Haarschopf. Von der Erde aus wird die Höhe des Striches gemessen. Ein Meter 80! Stimmt genau!

»Rückkommen!«
Da stehen die wenigen Unterführer und Männer vor dem Gruppenführer, dem Führer der Abteilung und deren Begleitern. Mit gespannten Mienen hängen sie an ihren Lippen.

»Mützen ab!«
Aufmerksam sieht der Abteilungsleiter jeden einzelnen Mann an, prüfend ruht sein Blick auf ihren Gesichtern, die von innerer Erregung belebt sind, so daß er alles aus ihnen lesen kann, was sie bewegt. Er geht die Reihe von einem zum anderen noch einmal zurück, schickt einen ins Glied zurück, noch einen, läßt einen dritten rühren und schickt dann wieder welche weg, bis von den zwölfen noch fünf dastehen.

Und diese fünf »langen Kerle« — auch Friedrich Wilhelm I. bleibt, wie man sieht, von den notorischen Nachfahren nicht ungefleddert — werden zunächst einmal in einer Klinik auf »Herz und Nieren« geprüft. Dann rollen sie nach Jüterbog ins Alte Lager und glauben, nun hätten sie's geschafft. Ein Irrtum:

Der Bahnhof in Jüterbog hat manchen Truppentransport gesehen.

Aber daß von diesen jungen Menschen, die in einer Anzahl von mehr als 4000 im Alten Lager in Jüterbog eintrafen, mehr als die Hälfte mit ebensolcher Regelmäßigkeit wieder zurückgeführt wird und wieder den Zug in die Heimat besteigt — das hat er noch nicht gesehen!

Es ist das erstemal, daß die junge Mannschaft, die dienen will, so sorgfältig geselekt wird. Diese jungen Menschen, von denen doch ein jeder von gewissenhaften Männern aus einem größeren Kreis als der Beste herausgesucht worden ist, hier haben sie in irgendeiner Beziehung den Anforderungen der untersuchenden Ärzte und SS-Führer nicht entsprechen können. Die müssen paken und fahren und sehen mit sehnsüchtigen Augen auf die anderen, denen auch der prüfendste Blick des Untersuchenden nichts anzuhaben vermag.

Von den drei Männern, die kamen, durfte immer nur einer bleiben.

Und was ist der Sinn des ganzen Aufwands? Hat Adolf Hitler nicht schon eine Leibgarde? Warum macht er ganz Deutschland mobil, um sich noch besser zu schützen? Nun, Prätorianergarden pflegen nur wenige Jahre dicht zu halten. Dann murren zumindest die Nicht-Avancierten. Man muß sie in den Zivildienst abschleppen, muß sie versorgen, wenn sie nicht zu den bittersten Feinden des Mannes werden sollen, den zu schützen sie berufen wurden. Deshalb braucht und verbraucht der Liebling des Volkes ständig neue Garnituren. Je mehr aber die Diktatur im Volke an Ansehen verliert, desto sorgfältiger muß die Auslese getroffen, desto rücksichtsloser müssen die alten und die neuen Leibgardisten geselekt und wieder geselekt werden. Den Oberbefehl führt — die Angst, die Angst vor den Lebenden und vor den Toten.

Pech

Vor der Olympiade.

Vom Sondergericht in Königsberg wurde der 31jährige Franz Skibitzki zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, weil er sich auf der Bahn als Amtswalter der NSDAP ausgegeben hatte. Vorher pöbelte er im Eisenbahnabteil einen Mann an, der ihm zu jüdisch aussah. Verwachsen war er und auch ein Gesicht hatte er wie Göbbels. Als der Beschimpfte sich weitere Pöbeleien verbat, wurde Skibitzki handgreiflich, worauf er erfahren mußte, daß der vermeintliche Jude ein richtiger Amtswalter der Hitlerpartei sei. Das erschien dem Skibitzki angesichts der Göbbelvisage unwahrscheinlich, er pöbelte weiter, mußte aus dem Zuge herausgesetzt werden, beschimpfte den Zugführer als Judenschützer, beschwerte sich über ihn und gab sich dabei ebenfalls als brauner Amtswalter aus.

Das Königsberger Naziblatt berichtet entzückt über diese »Niedrigkeit der Gesinnung« und zitiert, was das Gericht dem obstinaten Antisemiten steckte:

Auch ein deutscher Frontkämpfer

Auf der Jahrestagung der britischen Frontkämpferorganisation in Buxton waren Delegierte von Frontkämpfern verschiedener europäischer Staaten vertreten. Für die deutschen Frontkämpfer sprach Herzog Carl Eduard von Sachsen-Coburg-Gotha für den Frieden, den »wir Soldaten des Weltkrieges« erstreben. Was doch alles für Leute draußen als deutsche Frontkämpfer sich aufspielen, während wirkliche Frontsoldaten zu Tausenden eingesperrt sind! Carl Eduard von Coburg-Gotha hat nie eine militärische Ausbildung erhalten. Er kam als noch knabenhafter englischer Prinz als Nachkomme des coburgischen englischen Prinzen gemahls Albert auf das mitteldeutsche Thronchen, hat niemals militärische Neigungen gezeigt, schon weil er körperlich behindert war, steckte sich allerdings ab und zu in eine Uniform und rückte 1914 mit seiner Armee von zwei Füsilierbataillonen ins Feld. Schon nach drei Monaten kehrte er in sein idyllisches Residenzstädtchen zurück, geschmückt mit E. K. I und II und den verschiedensten sächsischen und sonstigen Orden. Daß er im Felde auch nur aus Versehen in die Reichweite selbst der weitesttragenden feindlichen Kanonen gekommen sei, ist von keinem sächsisch-coburgischen Heldenepos je berichtet worden. Gegen sein angestammtes Vaterland Großbritannien führte er allerdings von seinem Residenzschloß aus fürchterliche Schläge. Er legte seine sämtlichen englischen Orden ab und strich seinen Titel »Königlicher Prinz von Großbritannien, Herzog von Albany« und anderen Spuk, der in den Eingangsbildern der coburgischen Gesetze »Wir Leopold Carl, Eduard, Georg, Albert von Gottes Gnaden...« erschien. Großbritannien hat aber bekanntlich den Verlust dieses abtrünnigen Prinzen gut überstanden.

Carl Eduards Kampfnatur erwachte nicht an der Front des Weltkrieges, sondern nach dem Friedensschlusse in einem jahrelangen Prozessieren gegen die böse Republik, die ihm nicht genug Privatvermögen: Schlösser, Güter, Jagden und Millionen Bargeld überlassen hatte. So hoch schätzte er den Wert seiner Regierungszeit als laudfremder weltläufiger Erbe in einem Reichsplitter ein, der, wenn er zu Preußen gehört hätte, von einem Landrat für ein paar Tausend Mark im Jahre verwaltet worden wäre. Carl Eduard aber hat in den 13 Jahren seiner Regierung allein für Jagdvergnügen 1.25 Millionen Reichsmark ausgegeben. Es gelang ihm, ein ungeheures Vermögen im Streit mit seinem Lande herauszuholen, und da das Volksbegehren für die Fürstentümern fehlgeschlug, hat er die bedeutenden Werte nicht nur behalten, sondern auch fleißig genutzt: erst für den »Stahlhelm« und dann für den Nationalsozialismus. Er ist vielleicht derjenige deutsche Exfürst, der am meisten gegen die Demokratie und ihre europäische Verständigungspolitik gehetzt hat. Es ist Sache der britischen Frontkämpfer, ob sie das ihrem wandlungsfähigen Landsmann vergessen wollen. Wenn sie sich aber diesen abgedankten Lilliput-Operetten-Monarchen als Delegierten der deutschen Frontkämpfer gefallen lassen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn man sich über den Wert solcher Zusammenkünfte seine

»Die Judenfrage zu lösen ist ausschließlich Sache des Staates und der Obrigkeit. Selbst wenn der Mann im Eisenbahnabteil ein Jude gewesen wäre, so würde der Angeklagte kein Recht gehabt haben, ihn ohne weiteres zu beleidigen.«

Diese gerichtliche Auffassung verstößt gegen sämtliche Nummern des »Stürmers«, in dem das Publikum dauernd zu eignen Aktionen aufgereizt wird — ohne daß ein Gericht eingreift. Außerdem gehört die Meinung, daß sich im Arier blutmäßiger Widerwille sofort rege, wenn ein Jude in der Nähe ist, zu den festen geistigen Grundlagen der Nazipresse. Skibitzki hat sich nach der Nazipresse orientiert — kann er dafür, wenn die jüdischen Merkmale in der NSDAP nur so herum wimmeln? Pech für ihn, daß der Jude gerade einmal ein Hitlerscher Funktionär war.

Warte nur, bald, nämlich nach der Olympiade, gibt es selbst für solche Verirrungen wieder mildernde Umstände.

„Alter Kämpfer“ — mit 22 Jahren!

In der Zeitschrift »Jugend und Recht« wird von einer Entscheidung des Parteige-

besonderen Gedanken macht. Die englische Arbeiter-Opposition sollte sich die Vertretung der »deutschen Frontkämpfer« einmal etwas näher ansehen.

Die katholische Caritas erledigt

Seit Jahrhunderten beruht ein großer Teil der kirchlichen Macht auf ihren Wohltätigkeitsorganisationen. Millionen nur sehr bedingt Gläubige sind durch sie erfaßt worden, und materielle Vorteile haben dort nachgeholfen, wo die heiligen Sakramente allein nicht ausreichten. Gegen diese uralte Position des Katholizismus führt nun das Dritte Reich seinen neuesten Stoß. Es ist ein Reichszusammenschluß für öffentliche und freie Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe errichtet worden, die der NSDAP unterstellt wird. Vorsitzender ist der Partei-Reichsamtseiler Hilgenfeldt. Er gibt bekannt, daß »der Nationalsozialismus nur eine einheitliche nationalsozialistische Wohlfahrtspflege« kennt. Es ist leicht vorzusehen, was unter diesen Umständen aus der Zukunft der katholischen Caritas werden wird. Schon jetzt ist sicher, daß die katholischen Schwesternorganisationen auf den inneren Krankenhausbetrieb zurückgedrängt und aus der Wohlfahrtspflege ganz beseitigt werden sollen. Wie lange es dabei bleibt, wird sich zeigen. Es ist gewiß auch kein Zufall, daß die Parteikontrolle über den Caritasverband in dem Augenblick erfolgt, wo er eine behördlich genehmigte öffentliche Sammlung hält. Sammeln darf er von nun an Pp. Hilgenfeldt bestimmen. Wir wissen übrigens aus zuverlässigsten Quellen, daß die nationalsozialistischen Organisationen parteiamtlich angewiesen worden sind, genau aufzupassen, damit bei den Caritassammlungen keinerlei Gewissensdruck ausgeübt werde, den sich die Nazis anscheinend als Reservatrecht für ihre Zwangsbettelei vorbehalten. Es ist übrigens tragikomisch, daß der Protektor des katholischen Caritasverbandes ausgerechnet jener Erzbischof Dr. Gröber in Freiburg ist, der sich im Frühjahr 1933 dafür verbürgt hat, daß Hitler das Reich in positivem Christentum führen werde. Jetzt hat Se. Eminenz einen heidnischen Pp. als Caritas-Vorgesetzten. Kein Protest wird etwas daran ändern, daß Kirchenfürsten von der Art des Herrn Dr. Gröber in den Augen auch des katholischen Volkes keine imponierenden Figuren sind.

Die Diffamierung

Während der Kardinalerzbischof von Köln und der päpstliche Nuntius sich darauf beschränken, für die verhafteten katholischen Jugendführer — nur einige sind unter Polizeiaufsicht entlassen und das Verfahren gegen sie bleibt — wenigstens einige Erleichterungen zugunsten der seelsorgerischen Betreuung zu erreichen und übrigens in der Reichskanzlei, wie so oft schon, abgeblitzt sind, geht die Diffamierung des Kleirus durch Sittlichkeitsprozesse weiter. Öffentliche Beschimpfung von Priestern und Klosterfrauen werden aus vielen Teilen Deutschlands gemeldet und in den Generalvikariaten der Bischöfe häuft sich das Material über die Folgen der Sittlichkeitsprozesse, die in der Nazipresse im Stür-

mer-Stil geschildert werden. Die Prozeßtaktik geht dahin, die angeklagten Pfarrer und Jugendleiter nicht nur der verschiedensten Unsittlichkeitsdelikte zu überführen, sondern sie gleichzeitig aus ihren Predigten als Staatsfeinde abzuurteilen. So in den Fällen des Pfarrers S. Jacobs in Koblenz, des Pfarrers Joannis in Stuttgart und zweier katholischer Jugendleiter in Siegen. Merkwürdig ist, daß in den gleichlautenden Prozeßberichten niemals von Verteidigern der Angeklagten und ihren etwaigen Einwänden die Rede ist. So ungeheuerlich nach den Berichten die sittlichen Verfehlungen gewesen sein sollen, so rätselhaft sind die Widersprüche in der Berichtserstattung. Pfarrer Joannis soll sich beispielsweise (Westd. Beobachter vom 5. Juni) an einem 10- bis 14jährigen Mädchen (sonderbare Altersbestimmung) in der Schule beim Religionsunterricht vergangen haben, also doch wohl in Gegenwart zahlreicher anderer Kinder! Bis zu zwanzig Mal soll er sich an Mädchen vergriffen haben, an einem der Kinder sogar nach der Beichte in der Sakristei! Auch solche Schändlichkeit mag möglich sein. Unverständlich bleiben dennoch die Prozeßberichte, wenn Pfarrer Joannis in einem Satz gesagt haben soll »Die unzuchtigen Handlungen in der Sakristei gebe ich zu.« Und gleich dahinter kommt: »Der Angeklagte bleibt dabei, sich keiner Sünde bewußt zu sein.« Da kann man wirklich verstehen, daß das katholische Laienvolk glaubt, mit diesen Prozessen sollten nur die Staatsfeinde getroffen werden, weil man ihnen anders als durch phantastische Kinderaussagen nicht bekommen könne. Die früher katholische Tagespresse im Reich aber und die Kirchenzeitungen müssen schweigen. Die Katholiken warten auf das erlösende Wort ihrer kirchlichen Führer.

Die Kinderreichen

Der Reichsbund der Kinderreichen pflegte in den Jahren der Weimarer Republik die moralische und politische Qualifikation eines Volksführers von dessen Kinderzahl abhängig zu machen. Daß der Reichsbund gegenüber Hitler tolerant ist, mag man noch begreifen, weil der »Führer« inzwischen unter die Heiligen versetzt worden ist. Sein Stellvertreter Reichsminister Rudolf Heß ist immerhin noch nicht heilig gesprochen, und an ihn müßten die Kinderreichen, ebenso wie an Göring und andere doch mindestens die bescheidensten bevölkerungspolitischen Ansprüche stellen, wenn sie sie als Autorität auf ihrem Spezialgebiet anerkennen sollen. Wie man weiß, ist Heß zwar verheiratet, aber absolut kinderlos, und es sind übrigens in jenen Zeiten der Röhmaffäre sehr peinliche Fragen an ihn gerichtet worden, auf die nie eine Antwort erfolgte. Das ist schließlich auch unwichtig. Wenn aber gerade dieser kinderlose Heß als Vertreter des ebenso kinderlosen Führers zu einer Tagung des Reichsbundes der Kinderreichen nach Köln entsandt wird, feierlich in die Stadt einzieht, von den vielfältigen Familienvätern ehrfurchtsvoll begrüßt wird und dann den Eltern von mindestens vier Kindern aufwärts eine Prodigt über die Notwendigkeit der Geburtenhäufigkeit hält, so sollte man meinen, das sei selbst für die Stadt des rheinischen Karnevals der Komik etwas zu viel.
Hannes Wink.

der Gefolgschaft derer, die heute über das deutsche Volk die Knute schwingen.

Daß dieser »alte Kämpfer« sieben Jahre später das Bedürfnis fühlt, zu einem Repetitor zu gehen, noch dazu zu einem jüdischen, das ist vielleicht eine Folge seiner hervorragenden Betätigung in den Saalschlachten. Hätte er damals schon gelernt, wäre ihm wahrscheinlich sogar die Verwarnung erspart geblieben.

Neuer Dolchstoß

Der Reichsbund der Kinderreichen veranstaltete im Haus der Presse, Berlin, einen Presseempfang. Pp. Danzer hielt eine Ansprache, über die in den deutschen Zeitungen berichtet wird:

Der Redner wandte sich scharf gegen den Geburtenliberalismus und die von ihm verursachte Begriffsverwirrung. Der Geburtenrückgang sei auf eine rein liberalistische Propaganda zurückzuführen. Zusammenfassend erklärte der Redner, daß durch den Import des Geburtenliberalismus ein Dolchstoß in das Mark des deutschen Volkes geführt worden sei.

Die Dolchstoßlegende für den nächsten verlorenen Krieg liegt also fix und fertig in der Schublade.

richts der NSDAP gegen ein Parteimitglied berichtet. Es handelt sich um einen Berliner Rechtskandidaten, der an dem Repetitorium eines jüdischen Repetitors teilgenommen hat. Das Parteigericht hat gegen ihn die Strafe der Verwarnung ausgesprochen. Uns interessiert die folgende Stelle aus der Urteilsbegründung:

»Es ist eine Schande, daß der Angeklagte als alter Kämpfer, der mit seinen 22 Jahren noch nicht allzu lange in liberalistischen Gedankengängen erzogen worden ist, nicht an seinem Platz an der Bekämpfung der Juden teilgenommen hat. ... Es seien ihm in weitem Umfange mildernde Umstände zuzubilligen, weil er wiederholt, so schon im Herbst 1929, an Saalschlachten mit Marxisten teilgenommen hat, und dabei durch einen Schlag mit dem Stuhlbein am Kopf verletzt worden ist, so daß genäht werden mußte...«

So etwas kann heute in Deutschland in der Begründung eines Parteigerichtsurteils gesagt werden, ohne daß diejenigen, die es aussprechen, der Lächerlichkeit anheim fallen. »Alter Kämpfer« — weil er im Alter von 15 Jahren als Schläger gegen deutsche Arbeiter aufgetreten ist. Das ist die Elite unter

Deutsch-amerikanischer Handelskrieg

Repressalien gegen die Schachtpolitik

Im Großen und Kleinen, in der Außen- wie in der Wirtschaftspolitik, lebt Hitlerdeutschland von der Ausbeutung der pazifistischen, sozialistischen und antikapitalistischen Stimmungen des Auslandes. Mit besonderem Raffinement hat Schacht diese Politik gegenüber den Vereinigten Staaten getrieben. Wenn Roosevelt seinen Wahlsieg vor allem dem Kampf gegen »Wallstreet«, gegen die Börsen-, Banken- und Trustgewaltigen, verdankte, so war das für Schacht die gute Gelegenheit, die amerikanischen Gläubiger noch unverfrorener zu prellen als ihre europäischen Kollegen. Die Schweizer, Holländer, Engländer etc. erhalten bis jetzt wenigstens einen Teil ihrer Zinsen in Devisen; die Amerikaner aber nur in sogenannten Fundingsbonds, das sind neue 4prozentige Schuldtitel, die beim Verkauf einen Kurs von etwa 30 Prozent erzielen. Schacht rechnete eben damit, daß die antikapitalistische amerikanische Regierung sich über die Nichtbezahlung der Zinsen als einer kapitalistischen Angelegenheit nicht besonders erregen werde, und er rechnete richtig. Roosevelts Regierung protestierte zwar mit ziemlich scharfen Worten gegen diese Diskriminierung, die ungleiche Behandlung ihrer Bürger, aber es blieb eben bei bloßen Worten. Schacht hatte seinen Willen durchgesetzt.

Dem ersten folgte bald ein zweiter Akt. Der Handelsverkehr mit den Vereinigten Staaten ist für Deutschland von jeher stark passiv. Er bezieht von dort viel mehr Rohstoffe (Baumwolle, Kupfer usw.) als er selbst mit Fertigwaren beglichen kann. Schacht benützte seinen »Neuen Plan« dazu, um die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten erheblich zu drosseln; so wurde z. B. die Einfuhr von amerikanischer Baumwolle stark eingeschränkt, und dafür Baumwolle aus Brasilien etc. bezogen. Das war zwar teurer. Denn die, allerdings mit Devisen zu bezahlende Baumwolle aus den Vereinigten Staaten kostet bei besserer Qualität nur 90 Pfennige gegen 1.20 RM für brasilianische, die im Clearing- oder im Kompensationsverkehr abgerechnet wird. Aber Schacht will ja den Handel auf solche Länder verlegen, die eher bereit sind, für die Abnahme ihrer Rohstoffe deutsche Ausfuhrwaren in Empfang zu nehmen. Und um den Vereinigten Staaten gegenüber freie Hand zu haben, kündigte er den alten Handelsvertrag. Diesmal aber war Schachts Vorgehen schon gefährlicher. Denn er verletzte ja nicht mehr bloß kapitalistische und Rentnerinteressen, sondern auch wichtige Interessen der Baumwollfarmer und der einflußreichen Rohstoffproduzenten, auf deren Währung Roosevelt schon viel mehr Rücksicht nehmen muß. Als deshalb Schacht zugleich mit der Kündigung neue Handelsvertragsverhandlungen anbot, holte er sich eine schroffe Abweisung. Zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten herrscht jetzt ein vertragsloser Zustand und das ist für Deutschland um so schlimmer als die Handelspolitik der Vereinigten Staaten in letzter Zeit unter der intelligenten und tatkräftigen Führung Hulls, des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, sehr aktiv geworden ist. Die Vereinigten Staaten haben mit Canada und einer Reihe amerikanischer Staaten, aber auch mit europäischen, zuletzt mit Schweden und Frankreich, wichtige Handelsverträge — andere stehen noch bevor — abgeschlossen, die bemerkenswerte Zollermäßigungen enthalten; diese kommen auf Grund der Meistbegünstigungsklausel, an der die Vereinigten Staaten festhalten, auch allen anderen Staaten zugute, die mit USA Verträge haben. Deutschland bleibt aber von diesen Zugeständnissen ausgeschlossen. Dies ist um so peinlicher, als die Ermäßigungen zum Teil sich gerade auch auf solche Produkte beziehen, die für eine deutsche Ausfuhr stark in Betracht kommen und als die infolge der guten Konjunktur rasch steigende Aufnahmefähigkeit der Vereinigten Staaten natürlich ein viel bedeutsamerer Faktor ist als die viel geringere und viel unelastischer Kaufkraft der in ihrer industriellen Entwicklung weit mehr zurückgebliebenen Rohstoffstaaten.

Aber die Vereinigten Staaten haben sich mit dieser ersten Antwort auf die frechen Manipulationen Schachts nicht begnügt. Man weiß, daß die deutsche Ausfuhr in zunehmendem Maße Dumping-Ausfuhr ist,

daß die exportierten Waren künstlich durch Subventionen auf dem Weltmarkt verbilligt, daß sie draußen unter ihrem Inlandspreis und oft unter ihren Gesteuungskosten verkauft werden. Gegen eine Schleuderkonkurrenz sind in der amerikanischen Zolltarifgesetzgebung schon immer Maßnahmen vorgesehen gewesen, die allerdings selten in Anwendung gebracht worden sind. Jetzt werden sie gegen Deutschland in Kraft gesetzt. Eine am 6. Juni ergangene Entscheidung des Schatzamtes belegt bestimmte Einfuhren aus Deutschland mit Ausgleichszöllen. Es heißt in dieser Entscheidung:

»Auf Grund der bei den Akten des Schatzamtes befindlichen Berichten und anderen Feststellungen hat sich das Schatzamt davon überzeugt, daß bei der Einfuhr der unten genannten, nach den Bestimmungen des Zolltarifgesetzes von 1930 zollpflichtigen Warengruppen nach den Vereinigten Staaten Prämien und (oder) Vergütungen unmittelbar oder mittelbar bezahlt und (oder) gewährt werden. Es wird hiermit bekanntgegeben, daß gemäß den Bestimmungen des Abschnitts 303 des Zolltarifgesetzes Ausgleichszölle in Höhe der nach den getroffenen Feststellungen bezahlten und (oder) gewährten Prämie und (oder) Vergütung auf die unten genannten Warengruppen erhoben werden, wenn diese unmittelbar oder mittelbar von Deutschland eingeführt werden nach Ablauf von 30 Tagen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung.«

Zunächst werden von folgenden Waren Ausgleichszölle erhoben, deren Höhe mit den nachstehenden Prozentsätzen des Einfuhrwertes festgesetzt wird:

Kameras 45 Prozent, Tischporzellan 22,5, baumwollene und kunstseidene Handschuhe 39, Lederhandschuhe 47, chirurgische Instrumente 56, Kalb- und Ziegenleder 25, Christ-

baumschmuck und Glas 52, metallüberzogenes Papier 48, Reißnagel 31, Spielzeug, Puppen und Spielzeugfiguren 45 Prozent.

Man sieht, es handelt sich um sehr wichtige Waren der bisherigen deutschen Ausfuhr. Dabei kündigt aber das Schatzamt an, daß es sich nur um eine vorläufige Liste handle, deren Ergänzung ebenso vorbehalten bleibt, wie eine Aenderung in der Höhe der Ausgleichszölle.

Sehr pikant ist der Umstand, daß diese Maßnahme erst erfolgt ist, nachdem die amerikanische Regierung im März die deutsche um Auskunft über die verschiedenen Verfahren der deutschen Ausfuhrförderung ersucht hatte. Die deutsche Regierung hatte natürlich mit gewohnter Wahrheitsliebe versichert, daß für die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten keine Beträge aus dem Aufkommen aus der freiwilligen Selbsthilfeaktion der deutschen Wirtschaft verwendet werden. Aber die amerikanische Regierung ist nicht so leichtgläubig wie etwa die englische; ihre Antwort sagt mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, daß die deutsche Regierung lügt, die amerikanische aber keineswegs gesonnen ist, sich mit diesen Lügen zufrieden zu geben. Es ist die einzige Sprache, die Schacht versteht. Denn bei der angespannten Devisenlage ist der schwere Schlag, der gegen die deutsche Ausfuhr geführt wird, schon unmittelbar von Bedeutung. Noch folgenreicher kann es aber werden, daß die Tatsache des deutschen Schleuderexports nun offiziell von der amerikanischen Regierung festgestellt und mit durchgreifenden Gegenmaßnahmen beantwortet wird. Denn findet dieses Beispiel Nachahmung, dann kann Schacht die letzten Hoffnungen auf Anschluß an die aufsteigende Weltkonjunktur und auf Steigerung des deutschen Exports begraben. Dr. Richard Kern.

Flugplätze statt Bauernsiedlungen

Das klägliche Ergebnis der Blutpolitik

Ein Bericht der Zeitschrift »Wirtschaft und Statistik« (1. Mai-Heft) beginnt mit dem stolzen Satz:

»Das Bauernsiedlungswerk, das nach den Grundsätzen der Reichsregierung die Neubildung eines völkisch und wirtschaftlich leistungsfähigsten Bauerntums erstrebt, hat für das Jahr 1935 weitere Erfolge aufzuweisen.«

Diesem Satz folgt allerdings ein zweiter, der in Frage stellt, was im ersten Satz behauptet wird. Da wird gesagt, die Tätigkeit auf diesem Gebiet sei ein Einklang zu halten gewesen mit den monotonen öffentlichen und privatwirtschaftlichen Aufgaben, unter denen zwar »der Wiederaufbau der deutschen Wehrmacht« an letzter Stelle genannt ist, aber tatsächlich an erster Stelle steht. Damit wird also bereits zart angedeutet, daß die »Neubildung deutschen Bauerntums« hinter der Stärke des Wehrwillens zurücktreten muß.

Das Statistische Reichsamt kann nicht verweigern, daß 1935 erheblich weniger gestiebt worden ist als im Jahre vorher. 1934 waren für Siedlungswerke bereitgestellt worden 148.000 ha, 1935 nur 120.000, also fast ein Fünftel weniger. Der »weitere Erfolg für das Jahr 1935« kommt nur durch den Trick zustande, daß das dritte Jahr Drittes Reich nicht mit den höchsten Ziffern der »Systemzeit« verglichen wird, sondern mit ihren niedrigsten, 1932. Sonst würde nämlich offenkundig, daß im Landerwerb für Siedlungszwecke das Dritte Reich weit hinter den Leistungen der Republik zurückbleibt. Hätte Herr Wagemann im Buch der Geschichte nur ein wenig weiter zurückgeblättert, so würde er entdeckt haben, daß schon das Jahr 1931 mit 112.000 ha nur um 7 Prozent hinter 1935 zurücksteht, daß aber 1930 127.000 ha, also um 7 Prozent mehr erworben worden sind als im Dritten Jahr des Dritten Reichs.

Bedeutungsvoller als die Größe der für Siedlungszwecke erworbenen Fläche ist, was man damit macht. Da ergibt sich denn die erstaunliche Tatsache, daß eine »Verstärkung der Bauernsiedlung« fast nur »in den außerpreussischen Reichsgebieten zum Ausdruck« kommt. Seit Bestehen des Reichs-siedlungsgesetzes, also seit 1919 sind mehr als 1,3 Mill. ha für Zwecke der bäuerlichen Siedlung bereitgestellt worden, wovon 1 Mill. ha oder mehr als drei Viertel auf das Gebiet der preussischen Ostprovinzen und des Landes

Mecklenburg entfielen. In der »Systemzeit« war man also vor allem darauf bedacht, in die menschenleeren Gebiete des Reichs und neben die großen Latifundien Bauernhöfe zu setzen, wenn es allerdings auch damals in unzureichendem Maße geschehen ist. Unter Hitler geht es aber den Junkern so gut, daß sie nicht nötig haben, Land für Siedlungszwecke zu verkaufen oder gar unter den Hammer kommen zu lassen, und Hitler selbst ist streng darauf bedacht, des Ursprungs seiner Macht gedenkend, jeden Ansehen von »Stellungsbolschewismus« zu vermeiden.

In Pommern beträgt der Rückgang der Landbereitstellung 1935 nicht weniger als 40 Prozent. Was in Ostpreußen los ist, wagt »Wirtschaft und Statistik« nicht mit Worten auszusprechen, aber die Zahlen sprechen für sich. Hier ist das Siedlungsland von 21.000 auf 9000 ha zurückgegangen, also um 60 Prozent weniger gesiedelt worden. Damit die Schonung, die man den ostpreussischen Junkern im Vergleich zur »Systemzeit« angedeihen läßt, nicht allzu sehr in die Augen springe, vergleicht man die Hitlerzeit nicht mit den besten und letzten Jahren der Republik, sondern mit dem Durchschnitt der Jahre 1919—32, worin also die schlechten Jahre der Nachkriegszeit und der Inflation enthalten sind. Aber auch hinter diesem Jahresdurchschnitt von 12.500 ha bleibt die ostpreussische Siedlung von 1935 mit 9000 ha noch um fast ein Drittel zurück. Ostpreußen, das bis 1934 am meisten Siedlungsland hergegeben hatte, ist 1935 von der ersten auf die fünfte Stelle gerückt.

Dagegen bevorzugt man im Dritten Reich die großbäuerlichen Gegenden, Schleswig-Holstein, Bayern. Es kommt eben Herrn Darré nicht darauf an, das Bauerntum insgesamt, sondern das Großbauerntum zu stärken, nicht den Land hunger von Landarbeitern und Jungbauern zu stillen, sondern diese den Junkern und Großbauern als billige Arbeitskräfte zu erhalten. Denn noch weit stärker als der Erwerb von Siedlungsland ist die Schaffung neuer Bauernstellen zurückgegangen. Diese »Blutquelle der Nation« läßt man versickern. Noch im Krisenjahr 1932 wurden 9000 neue Bauernstellen geschaffen, 1933 und 1934 sank die bis dahin stetig aufsteigende Kurve auf 4900 und 1935 gar auf 3800. Um diese erstaunliche Tatsache zu vernebeln, wird behauptet, daß früher »ein größerer Anteil auf kleine, teilweise nicht hin-

reichend lebensfähige Stellen entfiel, deren Gründung mit Rücksicht auf die Ziele der Neubildung deutschen Bauerntums gegenwärtig völlig zurücktritt«. Diese »Ziele« sind aber selbst im Krisenjahr 1932 besser verwirklicht worden als unter der Naziregierung, denn damals wurden von der höchsten Größenklasse der Neusiedlerstellen von 10 und mehr ha 5000 Stellen geschaffen, 1935 nur 2900. Diese »Ziele« sind auch ganz und gar keine Erklärung dafür, daß die gesamte für Neusiedlerstellen, große und kleine, zur Verfügung gestellte Fläche im dritten Hitlerjahr um nicht weniger als ein Drittel kleiner war als im Krisenjahr 1932. Damals waren es 102.000 ha, 1935 nur 66.000 ha. Das Ergebnis von drei Jahren Blut und Bodenpolitik ist also mehr als kläglich. In drei Jahren Hitlerreich sind 17.600 neue Bauernhöfe geschaffen worden, in den letzten zwei Jahren der Republik 18.100.

Man wird also der Hitlerregierung Unrecht tun, würde man ihr vorwerfen, daß sie ihre Ausgaben für Landerwerb eingeschränkt hat. Sie war nicht mit Land überhaupt, sondern nur mit Land für die Bauern sparsam. Sie hatte 1935, also in einer Zeit, als die dafür bereitgestellte Fläche von 28.000 ha zurückgegangen war, um 20.000 ha mehr vorrätig gehabt. Nur hat das Dritte Reich dafür eine bessere Verwendung gefunden als für Siedlungsland. Was für eine Verwendung das ist, verrät der »Deutsche Volkswirt«:

»Im übrigen und zuletzt ist noch zu bemerken, daß eine Bereitstellung von landwirtschaftlichem Boden nicht ausschließlich für die hiergenannten Siedlungszwecke erfolge, sondern daß die Neuschaffung deutschen Bauerntums im Jahre 1935 in Einklang gebracht werden mußte mit den Ansprüchen des Auto- und Fernstraßenbaus, des Wiederaufbaus der Wehrmacht und den großen Aufgaben, die der Aufbau der Gesamtwirtschaft in der besonderen Form der durch öffentliche Arbeitsbeschaffung angeregten Binnenkonjunktur an die Wirtschaftsführung stellen.«

Man braucht also das Bauernland für unterirdische Flugplätze und andere wahrhaft produktive Zwecke. Die Drosselung der Bauernsiedlung beweist aber auch sonst Hitlerdeutschlands Kriegswillen. Man will den Osten Deutschlands nicht verteidigen, sondern den Osten Europas erobern. Darum läßt man die Grenzschutz Ostpreußen menschenleer und die Jungbauern landlos. Man stillt ihren Hunger nach Land nicht im Lande; weil man ihren Hunger nach Land außerhalb Deutschlands wachhalten will.

G. A. Frey.

Ein Beitrag zur „Kulturgeschichte der Konzentrationslager“

ist das nachstehende Dokument, das aus dem inzwischen aufgehobenen Schutzhaftlager Ulm a. D. stammt.

Ausweis

Der am _____ zu _____ geborene _____ in _____ Straße _____, wohnhafte — led. — verh. — verw. — gesch. — getr. leb. — Beruf _____, ist am _____ als Schutzhäftling in das Württ. Schutzhaftlager Ulm a. D. eingeliefert worden. Auf Grund der Verfügung vom heutigen Tage wird er unter folgenden Bedingungen entlassen:

1. Er hat sich alle _____ Tage auf dem Oberamt — zuständ. Polizeimeisteramt — zuständ. Polizeidistrikt — Bürgermeisteramt in _____ zu melden, erstmals am Tage der Entlassung.
2. Er hat bei der Oberamtskasse in _____ eine Kaution in Höhe von _____ RM zu stellen.
3. Er hat folgende Personen, die vom zuständigen Sonderkommissar anerkannt sind, als Bürgen zu stellen:
1. _____
2. _____

Diese Personen haben eine Bürgerschaftsurkunde unterschrieben, wonach sie sich verpflichten, als selbstschuldnerische Bürgen an den Fiskus des Landes Württemberg z. Hd. der Oberamtskasse in _____ RM zu bezahlen für den Fall, daß der entlassene Schutzhäftling sich irgendwelche Äußerungen oder Betätigungen gegen die deutsche Bewegung oder die Regierung des Reiches oder der einzelnen Länder zuschulden kommen läßt.

Ulm a. D., den _____
Württ. Schutzhaftlager Ulm a. D.
Unterschrift: Unleserlich,
Lagerkommandant.
Stempel: Württ. Innenministerium
Schutzhaftlager Ulm a. D.
Württ. Politische Polizei.

Die Engländer und Hitlerdeutschland

Abscheu selbst bei den Renommierengländern des Systems

Die diktatorischen Regime rühmen sich, in der Außenpolitik handlungsfähiger, weidiger als die demokratischen Staatssysteme zu sein. Rein äußerlicher Betrachtung erscheint das unbestreitbar; die Tatsache, wie Mussolini seinerzeit beim Hitlerputsch auf Oesterreich — ein gepanzertes deus ex machina am Brenner — reagierte, hat allen Schwärmern für die politische Gewalttätigkeit diesseits und jenseits der Barrikade mächtig imponiert — das um so mehr, als die Impotenz des als übernationale Inkarnation der Demokratie mit Recht oder fälschlich angesprochenen Völkerbundes von der robusten Agilität des römischen Diktators wirklich peinlich genug abstach. Wenn die tatsächlichen Beobachtungen der jüngsten Zeit aber keine grundsätzliche Verwirrung auch in jenem unserem Lager anrichten sollen, in dem man vom Heroldsmus der Legende, von den »starken Männern«, die bei Licht betrachtet oft recht schwach sind, nie viel gehalten hat — und zwar aus allen Gründen methodischer Einsicht in die Geschichte und ihre ihr innewohnende Gesetzmäßigkeit —, wenn man nicht der Mode einer kranken und höchst anormalen Zeit erliegen will, ist es notwendig, sich klarzumachen, wie gerade für die entscheidenden Situationen im Völkerleben, wie es schon das Gesicht dieses Jahrhunderts trägt und nicht mehr den Launen irgendwelcher rots soleils, weder weißen, noch schwarzen, noch roten, sich auf die Dauer fügen wird, die Diktatoren weit eher ein schweres Hamnia, denn eine Chance für die Außenpolitik der von ihnen befallenen Nationen darstellen. Da sie alle den wahren Volkswillen nicht nur unsichtbar machen, sondern ihn verfälschen oder gar in seiner Wirksamkeit auch auf die Umwelt geradezu aufheben, können sie sich gewiß diese oder jene außenpolitische Extravaganz bei Gelegenheit erlauben; wirksam und erfolgreich in der eigentlichen existenzwichtigen Entscheidung einer Nation aber wird die nationale Außenpolitik nur allein durch den klar und frei geäußerten nationalen Volkswillen. Nichts erhält das besser als die Bündnispolitik der Diktaturen im Vergleich zu der ihrer demokratischen Gegenspieler in der Gegenwart, wo ja diese »alten« Methoden der Außenpolitik beim Versagen der bisher im Völkerbund organisierten »kollektiven Sicherheit« allgemein wieder in den Vordergrund treten. Wer in der Welt glaubt denn wirklich daran — trotz aller Jagdbesuche Görings im Bälystoker Forst — daß Polen in einer Situation, die auf Leben oder Tod dieser Nation abgestellt wäre, für Deutschland optieren werde? Wer hält wirklich Herrn Starhemberg für so stark, daß er sein Oesterreich im Kriegsfall, wenn es also für jeden Bürger ums Sterben geht, an der Seite der schwarzhemdigen »Katzelmacher« antreten lassen könne? Das deutsch-ungarische Freundschaftsverhältnis, das von Ungarn und Italien — ist es wirklich, wenn es einmal wirklich darauf ankommt, mehr als Kabinettsaktenstück? Gerade Italien hat ja anno 1915 bewiesen, was von Bindungen zu halten ist, die aus der Tinte der Regierungen herausfließen!

Man halte dagegen gewisse Tatbestände und Sachverhalte der Bindungen zwischen wirklich demokratischen Völkern und Staaten: das Verhältnis etwa zwischen England und den Vereinigten Staaten, das zwischen der französischen und der Tschechoslowakischen Republik; die Reihe ließe sich durchaus erweitern. Ihr charakteristisches, eben darum aber auch zuverlässiges Gepräge gibt diesen Bindungen weder der blanke »Vorteil«, noch der verschwommene »Mythos! Sie sind aber auch keineswegs zugeschnitten und angewiesen auf die oder jene Modefigur der inneren Macht. Ausschlaggebend für Solidität und Wirksamkeit sind hier Bewußtseinshalte und damit Willenselemente der volkhafte Selbstbestimmung der beteiligten Nationen, die sich in der Tradition ihrer Politiker, im Sich-Berühren freier National-Literaturen, in ungekünstelten Bildungs- und Ausleseprozeduren ihrer »Tüchtigen« offen genug zur Schau stellen.

*

Der Diktator Hitler bemüht sich nun, wie alle Welt weiß, um das berühmte »Bünd-

nis mit England. Ein einziger oberflächlicher Blick auf die diesbezügliche Tagesliteratur des Dritten Reiches könnte einem — vom gut nationalen Standpunkt aus — da zur Spießigkeit verheifen. Selbst die Kreise, die — etwa mit dem Prälaten Kaas — in kritischen Zeiten der Republik gegen den Stresemann-Kurs zu meutern angingen und die »Reaktivierung« der deutschen Außenpolitik schon um 1927 oder 1928 herum zu verlangen keine Bedenken mehr trugen, dürften sich heute schütteln bei dem Anblick, wie diese »Einschaltung Deutschlands in die Weltpolitik«, die sie verlangten, unter dem

zeit allerdings entsprachen, deren Weiterführung die Gegebenheiten der Gegenwart erst recht dringlich gemacht hätten. Wie gesagt: an alledem ist Herr Hitler ganz unbeteiligt und schuldlos, es war das mit das große nationale Verdienst der Stresemann, der Hermann Müller, der Brüning und wie jene »Volksverräter« alle heißen, die auf dieser Linie operierten. Nicht unbeteiligt aber und nicht schuldlos ist der deutsche Diktator aber daran, daß heute praktisch dieser rote Faden deutscher Nachkriegs-Außenpolitik in einer Weise ver-

haben? Für außereuropäische Angelegenheiten, koloniale Exzentrika mögen da wirklich auch noch andere Versionen sich Geltung zu verschaffen in der Lage sein: für vitale europäische Dinge, unmittelbare Schicksals- und Existenzfragen des Europa-Bürgers selbst, gilt das am wenigsten mehr im Hinblick auf das, wie britische Zielsetzungen und »Orientierungen« zustande kommen. Zum Foreign Office führt nur ein einziger praktikabler Weg: der durch die Seele des guten Engländer! Und das gerade nun ist das große Verbrechen des deutschen Diktators an seiner Nation: daß er diesen einzigen zum Ziel führenden Weg verschüttet hat durch das Gangstertum seines Systems, und zwar in einer Weise, die heute die tiefe Nacht sich gerade da wieder herabsenken läßt, wo schon der Lichtstreifen eines neuen deutschen Morgens sichtbar war...

Einen förmlich erschütternden Beitrag zur Durchleuchtung dieses Hitler-Verbrechens an der deutschen Nation liefert jetzt aus dem Dritten Reich selbst der sogenannte »Deutsche akademische Austauschdienst« in Berlin, der, wie alles, gleichgeschaltet ist. Er gibt eine periodische Zeitschrift heraus, die sich »Hochschule und Ausland« betitelt. Herr Göbbels hat ihr nun (für das letzte Aprilheft) die Aufgabe gestellt, zu ermitteln, warum eigentlich aus der gewissermaßen doch geradezu »fälligen« Freundschaft mit England immer noch nichts Richtiges wird. Die Redaktion der Zeitschrift hat sich an eine englische Adresse um Auskunft gewandt; von der sie eine propagandistisch ausnutzbare Antwort erwartete. Nicht nur an einer Redewendung, die der fragliche Brite in seiner Antwort gebraucht (zum Beispiel: wenn sie von den »noch so gut geführten Konzentrationslagern« mit einer Bestimmtheit redet, als wäre das in Old-England geradezu gerichtnotorisch), fällt es auf, wie vorsichtig die »Austauschstelle« den hitlerfreundlichen Zirkel in London vorher beklopft hat, um auch den richtigen Mann zu erwischen, ohne sich zu blamieren. Fazit: Man blamierte sich doch! Denn was nun ein Herr T. P. Conwell-Evans, der von dem »Austauschdienst« als ein »bedeutender englischer Politiker und Publizist« vorgestellt wird, ohne daß auch gute Englandkenner sich erinnern könnten, bisher seinen Namen irgendwo einmal gehört zu haben, antwortet, ist allerdings die volle und buchstäbliche Bestätigung dafür, daß es an niemand anderem, als an Hitler selbst und an dem von ihm allein verantworteten System liegt, daß Deutschland in katastrophaler Weise eine ungeheure Chance seiner Außenpolitik nicht nutzen kann — einfach eben, weil mit diesem Deutschland auch der germanophile Brite, wenn es zu Intimitäten kommen soll, nichts, gar nichts zu tun haben will! Hören wir also Herrn Conwell-Evans selbst:

Schon die Sprache, besser die ganze Denkart des Deutschlands der braunen Gegenwart fällt selbst dem »Potsdamophilen« Conwell-Evans arg auf die Nerven! Haben es doch die aus der braunen Herrlichkeit fürchterlich mit dem verfluchten Liberalismus vor allem zu tun, den sie schlimmer ausgerottet wissen wollen, als selbst den »Marxismus«. Herr Conwell-Evans aber hält dieser wüsten Begriffsmanie entgegen, daß gerade »England im Herzen immer liberaler sei und sein werde; »Ritterlichkeit, Verantwortungsbewußtsein vor dem Ganzen, gestraffte Staatskontrolle über kapitalistische Unternehmungen und schließlich die Verantwortung, die der Staat seinem Bürger gegenüber in Zeiten der Not und Arbeitslosigkeit trägt« — das seien in England hauptsächlich allerdings gerade liberale Tugenden. Wie ein schlechter Witz mutet es an, wenn Herr Conwell-Evans die Leute des Dritten Reiches extra darauf aufmerksam machen zu müssen glaubt, daß doch gerade Herr Lloyd George (also der allerdings reichlich emeritierte Politiker, der sich von plötzlich entdeckter Deutschfreundlichkeit — entdeckt zehn oder auch fünfzehn Jahre nach dem Versailler Vertrag, der aus seinem Hirn zur Hauptsache mitgeboren wurde!) doch eigentlich »ein ganzer Liberaler« sei...

Besuch bei Lord Londonderry



Hitler zu Ribbentrop:

„Sehen Sie, dem bin ich auch über die Hintertreppe beige gekommen!“

»Aktivist« Hitler gerade an der entscheidenden Stelle aussieht!

Und nun ist ja wirklich die Zeit nicht mehr wie 1919 oder 1922! Gäbe es nicht wirklich — unter anderen, von den Deutschen selbst zu schaffenden Umständen — eine große und epochale Chance für diese deutsch-englische Kombination? Man braucht gar nicht an die beiden aufeinanderfolgenden Intermezzen Haldane-Tirpitz in des Wilhelmismus Malensünde zurückzudenken; man braucht sich nur an die Haltung des englischen Kabinetts und der öffentlichen englischen Meinung beispielsweise bei der Ruhr-Invasion Poincarés oder der späteren Rheinlandbefreiung von der »interalliierten« Besatzung — also an sehr kurzfristig zurückliegende Dinge — zu erinnern, um zu wissen, daß hier entscheidende Tendenzen einem ganz einheitlichen Zug der britischen Politik nach Lloyd-Georges Glanz- und Demagogien-

knotet ist, daß es größter und diffizilster Arbeit einer späteren, nachhitlerischen Zeit auf deutscher Seite bedürfen wird, ihn zu entwirren und neu zu spannen.

Es ist eben unsinnig zu erwähnen, daß heute noch die Linien des Völkernebeneinanders sich formen können ohne die aktive Mitwirkung des unbefangenen Volksbewußtseins und des frei sich betätigenden Volkswillens der beteiligten Nationen! Diktatoren mögen irgendwelche Pläne zusammen aushecken können; das politische Weltbild gestaltet sich danach nimmermehr! Es gibt da Imponderablen — Sympathien und Antipathien — die mächtiger sind, als alle Tyrannengesten. Wer insbesondere kann denken, irgendwie mit England ins Reine zu kommen, ohne nicht den Engländer als Typus für sich gewonnen zu

Überhaupt dieser besondere geistige Horizont des Dritten Reiches und seiner Führerclique —! Wie kann da auch der verständnisinnigste britische Empire-Bürger, der geduldigste civis britannicus, überhaupt mit?!

»Ebenso (wie bei »liberal« D. R.) hat das Wort »international« im Englischen nicht den schlechten Sinn, den es im Deutschen zu haben scheint. International: also an zwischenstaatlichen Angelegenheiten interessiert sein (to be interested in international affairs) heißt im Englischen nichts anderes, als für jene Kräfte ein Interesse zu bezeugen, die die Zusammenarbeit und den Frieden zwischen den Völkern zu fördern geeignet sind. Wenn der Deutsche die »Internationalisten« ablehnt, ist der Engländer verwirrt. Wünscht denn der Deutsche nicht, — so fragt sich der Engländer — daß die Völker in Eintracht miteinander auskommen sollen?«

O — sancta simplicitas! Nein, das Dritte Reich »wünschte« das wirklich nicht! Wenn Herr Hitler das »wünschte«, wie hätte er seine Schwärze schreiben können?

Ganz sachlich aber und konkret wird sogar dieser Renommier-Engländer des Herrn Göbbels, wo er sich ganz spezifischen »Errungenschaften« des Dritten Reiches zuwendet, um sie als die eigentlichen unübersteigbaren Hindernisse jeder mehr als fragwürdig-diplomatischen deutsch-englischen Verständigung zu kennzeichnen. Nun ja — jene, dem Engländer unverständliche Sprache und jene stupide Begriffswelt — schließlich hat sie wirklich nicht allein Hitler zu verantworten; sie ist altes alldeutsch-tirpitzianisches »Erbgut« der deutschen »Nationalen«! Aber ganz anders doch wohl die Konzentrationslager! Ganz anders die mit Mord und Raub belastete SS! Ganz anders der Gestapo-Staat als ein bisher in der Weltgeschichte überhaupt noch nicht erreichtes Paradies der Polizeiwilkkür! Was sagt Herr Conwell-Evans also dazu?

»In einigen ihrer politischen Einrichtungen unterscheiden sich die Deutschen und die Engländer wesensmäßig. Einer der hauptsächlichsten Unterschiede liegt in der deutschen Anerkennung der Gewalt der Polizei und der ihr verwandten Einrichtungen, also beispielsweise der SS, in bezug auf die Gewalt der Gerichtshöfe. Der Engländer rühmt sich der festgeordneten Freiheit des Bürgers, der ohne Gerichtsverhandlung nicht ins Gefängnis gesetzt werden darf. Die Grundlage dieser Freiheit ist die Jahrhunderte alte »Habeas Corpus-Akte«. Kein Schritt der Exekutive, auch nicht ein Schritt, der von jenem mächtigen Regierungsorgan, dem britischen Kabinett, autorisiert würde, kann diese Freiheitsakte umstoßen . . . Gegen einen Bürger kann nur eingeschritten werden, wenn das einschlägige Gesetz vom Gericht entsprechend interpretiert wird. Eine Rechtsinterpretation der Polizei ist wirkungslos und unzulässig. Das Gesetz tritt nicht eher in Kraft, als bis das Parlament es angenommen hat, d. h. also, daß es kein Gesetz geben kann, daß nicht die Vertreter der Bürger in jeder Hinsicht geprüft haben. Auf dieser Grundlage baut sich die Beziehung zwischen

Staat und Bürger in Großbritannien und den Dominien auf . . . Niemals wird der Engländer diese Rechte aufgeben, die er als kostbares Erbe hütet und als den besonderen Beitrag seines Volkes zur Herbeiführung eines geordneten Völkerlebens betrachtet. Man kann daher nicht verlangen, daß der Engländer bestimmte Wesenszüge des autoritären Staates begründet, die der Ausdruck eines dem seinen entgegengesetzten Ideals sind. Im autoritären Staat verfügt die Polizei über eine Macht, die in England nur auf der Grundlage einer gerichtlichen Entscheidung angewandt werden kann. So gibt es zum Beispiel in Deutschland die Einrichtung der Konzentrationslager. Diese Konzentrationslager, so gut sie geführt sein mögen und so sehr ihre Existenz in Deutschland berechtigt sein mag (welch ein wirklich braver Hitler-Engländer! D. R.), lehnt sie der Engländer doch prinzipiell ab. Vielleicht könnte man ihm ihre Nützlichkeit in Kriegs- und Revolutionszeiten begreiflich machen; niemals aber will er ihren Sinn als Dauerinstitution einsehen.«

Hier hat man alles zusammen, was den Gangsterstaat Hitlers in der Tat charakterisiert: Polizeicäsarismus, Korruption der Gesetzgebung durch den Antiparlamentarismus, SS-Strandrüberparadies, Gestapo-papismus, Kassetten-Organik . . . Freilich beleidigt Herr Conwell-Evans die Deutschen — die des früheren Kaiserreiches nicht minder wie die der Weimarer Republik und beide zusammen, die jetzt einer organisierten Verbrecherbande politisch ausgeliefert sind — wenn er meint, daß das alles »deutsche« Einrichtungen seien. Mit »deutsche« hat das so viel zu tun, wie Herr Hitler mit dem Begriff Staatsmann!

Noch sagt es der Reklame-Brite des Herrn Göbbels nicht klar heraus, daß das alles — dieses Typologische der Hitlerdiktatur gerade — die Freundschaft der Briten mit den Deutschen verhindert, obwohl es für jedermann deutlich zwischen den Zeilen zu lesen ist. Herr Evan-Conwell holt diese

Pflicht zur Wahrhaftigkeit aber ungeniert nach, wo er über Hitlers »Juden- und Rassenschand« und die einschlägige Nürnberger Gesetzgebung dazu — und auch das ist gar nicht »deutsch«, sondern ausschließlich schlawinerhaft-hitlerianisch — folgendes zu sagen hat:

»Ein weiterer Faktor, der die deutsch-englische Freundschaft zu belasten geeignet ist, ist die Behandlung der Juden in Deutschland. Die Deutschen verteidigen ihren Standpunkt in dieser Frage mit dem Hinweis auf den Einfluß und die Vorherrschaft jüdischen Geistes und Geldes in Theater, Film, Presse, Rechtspflege und -Wissenschaft, Medizin, Literatur. Die meisten Engländer glauben nun, daß die deutsche Judengesetzgebung 1933 weit genug ging, um die besonderen Schwierigkeiten zu beheben. Für die Politik von 1935 gibt es jedoch keine Beweisgründe, die auf allgemeines Verständnis in England rechnen dürften! Diese Politik zusammen mit den Einschränkungen, die die nationalsozialistische Partei ihren Mitgliedern auferlegt, machen das Leben der Juden in Deutschland unerträglich. Er muß in der deutschen Luft ersticken. So denkt England und es wäre müßig, zu leugnen, daß das englische Volk in seiner Haltung Deutschland gegenüber beeinflusst wird, ja, daß durch diese Frage die Herbeiführung einer warmherzigen Freundschaft zwischen beiden Völkern behindert wird.«

Womit es also auch mit genauen und unzweideutigen Worten glücklich heraus wäre, daß das außenpolitische Schicksal der deutschen Nation gerade an seiner entscheidenden Stelle dem rassistischen Privatamusement der Hitler und seiner Knechte zum Opfer gebracht wird! Es ist eine andere Frage, wie lange eine zivilisierte Nation im zwanzigsten Jahrhundert diesen Sachverhalt ertragen wird!

*

Es ist ein Gaudium für sich, zu sehen, wie sich nun der »Deutsche Akademische Austauschdienst« zur Hochnotpeinlichkeit der Affäre verhält, die ihm letzten Endes die krankhafte Erfolgssucht des »Führers« eingebrockt hat. Lehnt man den Abdruck der englischen Antwort ab, nachdem man um sie selbst angesucht und die entsprechende Auswahl in einem »zuverlässigen« englischen Zirkel getroffen hat, so gibt man der deutsch-englischen Freundschaft erst recht einen Stoß. Dasselbe geschähe, hätte die Redaktionsstelle die Ausführungen ihres Renommier-Briten in »deutschem« Sinne kritisiert; denn dann wäre der wirkliche Zustand einer schönen SS-Seele selbst für diesen Engländer, der eine so kräftige Hornbrille vor den Augen hat, erst recht ruckbar geworden; und wieder hätte die deutsch-englische Verbrüderung noch mehr gelitten, als sie schon jetzt schwer asthmatisch ist. Hätte aber der »Austauschdienst« gar seinem Briten zugestimmt — o du lieber Himmel! Wie hätte sich Dachau oder das Columbia-Haus über einen weiteren hoffnungslosen Mitbewohner freuen dürfen! So hat es denn — in dieser Totalität der Umstände — die Redaktion ganz schlaue und ganz männlich-deutsche gemacht: sie verkündet in einer Vorbemerkung, »von einer eigenen Stellungnahme abzusehen, um den englischen Standpunkt uneingeschränkt für sich sprechen zu lassen« . . .

Die Außenpolitik der Diktaturen überhaupt, die von Adolf Hitler aber insbesondere dürfte durch diesen »Dokumentenwechsel«, wie er frisch aus dem Dritten Reich selbst vorliegt, einigermaßen in ihrer ganzen negativen Triumphalität bloßgestellt worden sein. Zum Glück geschah das noch gerade rechtzeitig in einer Zeit und zu einer Stunde, in der von äußerlichen Knalleffekten schnell beeinflusste Oberflächlichkeit bereits Lorbeerzweige an »starke« Männer in der Gegenwartsgeschichte verteilen will, die noch gar nicht gepflückt sind. E. F.

Militanter Katholizismus

»Es gibt nur unversöhnlichen Kampf oder Bitteldienst«

Die katholische Emigration, ohnehin nicht sehr zahlreich, übt eine auffällige Zurückhaltung. Hörte man nicht seit einiger Zeit hin und wieder die etwas zaghafte Stimme Brünings: man vergesse vollkommen, daß sich eine Anzahl prominenter deutscher Katholiken und einstiger Zentrumsführer auf der Flucht vor dem Hakenkreuz ins Ausland begeben haben. Das gleiche galt bisher von der antihitlerischen katholischen Publizistik. Sie beschränkte sich zumeist darauf, in vorsichtiger Dostering gegen die Verletzung der Kircheninteressen und der religiösen Sittengebote durch den Nationalsozialismus zu protestieren. Oft blieb der Eindruck haften: wäre es nur um Juden und Marxisten gegan-

gen, so hätten Rom und das Dritte Reich einen modus vivendi gefunden. Der österreichische Dollfuß-Klerikalismus hat bewiesen, daß sich die gewaltsame Unterdrückung der sozialistischen Arbeiterbewegung unter Berufung auf den alten Christengott und im Einvernehmen mit dem Heiligen Stuhl praktisch durchführen und »rechtfertigen« läßt.

Soeben ist ein Buch erschienen, das wenigstens auf dem Gebiete des Schrifttums dieser zweideutigen Situation ein Ende bereitet: »Hitler gegen Christus, eine katholische Klarstellung und Abwehr«, herausgegeben unter dem Pseudonym Miles Ecclesiae von der Société d'Éditions Européennes in Paris. Es ist eine

vorbefaltlose und illusionsfreie Abrechnung mit dem Nationalsozialismus vom echten religiös-katholischen Standort aus, ohne Rücksicht auf hierarchische Interessen, mit vollem Einsatz ewig-menschlicher Forderungen gegen die braune Barbarei. Die Auseinandersetzung begibt sich ins Reich des »Weltanschaulichen«, wobei der Nationalsozialismus selber als eine religiöse Bewegung bewertet wird. Vielleicht wäre es glücklicher gewesen, wenn sich der Autor darauf beschränkt hätte, zu sagen, daß der Nationalsozialismus von einer großen Masse seiner gläubigen Anhänger als Religion »empfunden« wird. Man sollte die traditionelle Anschauung einer echten Religion

Josef al Raschid

Es war einmal ein Kalif mit Namen Harun al Raschid, der streifte verkleidet und unerkannt, nur von seinem Veziel begleitet, durch die Straßen von Bagdad, um die Nöte seines Volkes zu erkennen, die Rechtsprechung seiner Kadis nachzuprüfen und helfend oder strafend einzuspringen, wo es not tat. — Das ist ein Märchen.

Dies aber ist kein Märchen:

Es waren einmal in Europa viele Kaiser und Könige — etwa die Herrscher über Frankreich, Deutschland, Rußland oder Spanien — die gingen nicht unerkannt unter Volk und fragten nicht weiter danach, ob ihre Kadis unrecht taten — aber so ihnen ein Untertan eine Bittschrift unterbreiten wollte, der durfte es tun. Zwar war es um die Gewährung der Bitten gemeinhin schlecht bestellt, zwar pflegten die hohen Herren nicht helfend einzuspringen wie weiland der Kalif von Bagdad, jedoch das Recht, sich an den Herrscher selbst oder an seine Minister zu wenden — man nannte es auch »Petitionsrechte« — hatte jedweder Mann im Lande. Und nicht selten geschah es, daß ein oder der andere, den weiten Weg durch die Vorzimmer scheuend, dem Herrn, wenn er sich öffentlich zeigte, seine Bittschrift überreichte oder sie in die k. k. Hofkutsche warf.

Und dies ist auch kein Märchen:

Es war einmal eine deutsche Republik, und die sozialdemokratischen Minister dieser Republik gingen oftmals in Arbeiter-versammlungen, um mit ihren Kameraden zu sprechen. Bittschriften wurden ihnen nicht zu Füßen gelegt, aber in ihrer Hilfe be-

durfte, der brauchte nur hinzugehen und zu sagen: »Bei uns in der Fabrik« oder »bei uns im Kontor« oder »bei uns auf der Zeche sind böse Zustände.« Und dann setzte sich der Minister mit an den Tisch und ließ sich erzählen, was da los war. Und er ließ sich nicht nur erzählen, er sprang auch ein, wo es not tat. Das ist kein Märchen, und in demokratisch regierten Ländern geschieht dergleichen heute noch alle Tage.

Und was wir jetzt erzählen wollen, ist auch kein Märchen:

Es gibt ein Land, das nennt sich Drittes Reich. In den Zeitungen dieses Landes kann man allwöchentlich rührende Bilder sehen, auf denen der Kanzler einem Arbeiter die Hand drückt oder ein Minister zu den Mauern auf den Bau klettert, um sie zu umarmen, oder ein anderer Minister gleich sechzig Arbeiter um seinen Eßtisch versammelt und sie bewirtet. Ein gewisser Streicher bolte sich sogar sechzehn Geschundene aus dem Konzentrationslager unter den Weihnachtsbaum, ließ sie »Heil Hitler« rufen, nickte ihnen grinsend zu und übergab die so gewonnenen Bilder den illustrierten Blättern. In einem solchen Lande müßte es, so sollte man meinen, um Bittschriften recht gut bestellt sein. Und die Kellner eines großen Kölner Weinhauses meinten das auch. Wie es ihnen bekam, erzählen uns die deutschen Zeitungen — die gleichen Zeitungen übrigens, in denen allwöchentlich die rührenden Bilder erscheinen:

Ein Kameradschaftsabend war gelegentlich des Reichspresstages am 26. November 1935 für die Gefolgschaft des Weinhauses anberaumt. Da zu jener Zeit der Reichsminister Dr. Göbbels in

Köln weilte, wurde er gebeten, dem Abend beizuwohnen. Alle Vorbereitungen wurden getroffen, um den hohen Besuch gebührend zu empfangen. Einige der Gefolgschaft angehörige Kellner hielten jedoch heimliche Zusammenkünfte ab, wo beschlossen wurde, ein Schriftstück herzustellen, um Mißstände über Einkommensverhältnisse der Kellner zu beleuchten. Dieses Schriftstück sollte dem Reichsminister heimlich in die Manteltasche gesteckt werden. Hierzu kam es jedoch nicht, da der Reichsminister nicht erschien. Erst jetzt nach Monaten erfuhr der Betriebsführer von dem Vorhaben der betreffenden Gefolgschaftsmitglieder und daß sich der Kellner X. dabei besonders bemüht hatte. Dieser wurde dann fristlos entlassen.

Fristlos entlassen? Ja, warum denn? die Idee mit der Manteltasche war doch ausgezeichnet. Denn in die Hofkutsche des Despoten hätten sie ihre Bittschrift niemals werfen dürfen — sogar das Blumenwerfen ist in jenem Lande streng verboten und wird hart bestraft. Fristlos entlassen? Das kann doch nicht sein. Sicher hat der Minister von der Petition erfahren, hat dafür gesorgt, daß der Bittsteller seinen Arbeitsplatz wiederbekam und daß die Mißstände, über die er zu klagen hatte beseitigt wurde, nicht wahr? Aber der Unglückliche kam gar nicht bis zum Minister. Die Zeitungen erzählen weiter:

Am Kölner Arbeitsgericht klagte der Kellner auf Zahlung von Kündigungsschädigung und Widerruf der Kündigung. Die Klage wurde kostenfälligerweise abgewiesen.

Denn, so hieß es in der Begründung, der Kläger habe versucht, »die Betriebsleitung im Auge des Reichsministers herabzusetzen«.

Also: selbst die gekrönten Häupter der wildesten Despoten nahmen Bittschriften

leutselig lächelnd entgegen. Nur im Dritten Reich ist schon der Versuch zu petitionieren strafbar, nur im Dritten Reich ist die Volksgemeinschaft derart lückenlos, daß sich nicht einmal eine Bittschrift zu den hohen Herrschern durchzwängen kann. Satt und unnahbar sitzen die Bonzen auf ihren Thronen, unnahbar und unberührbar wie böse Götzen.

Der dritte Grad

»Wie benimmt sich der Gefangene?« fragte der Inquisitor den Kerkermeister.

»Appetit normal, Schlaf, Stimmung etcetera wie bei allen Untersuchungsgefangenen«, sagte der Kerkermeister. »Die Entziehung der Zeitungen und Bücher hat ihm offenbar gar nichts ausgemacht.«

Der Inquisitor wiegte den Kopf. »Also den zweiten Grad einschalten! Bis er gesteht!«

Der zweite Grad bedeutete fortgesetzte Vernehmungen. Immer sitzt ein Beamter mit in der Zelle, fragt und fragt und fragt. Das Licht brennt in der Nacht weiter. Es gibt kein Dunkel.

Die Dauervernehmungen hielt der Gefangene gleichmütig durch, lächelnd antwortete er. Die ewige Frage: »Warum wollen Sie denn den kleinen Raubüberfall nicht gestehen?« — schien ihm sogar Spaß zu machen. Das nächtliche Licht störte ihn zwar anfangs etwas, aber er legte nachts seine Jacke über die Augen und schlief.

Nach einer Woche schaltete der Inquisitor den dritten Grad ein. Den hatten bisher nur wenige ohne Tobsuchtsanfälle überstanden: durch den Gucker der Tür glotzte ununterbrochen ein Auge. Wenn der Gefangene hinschaute, immer sah er ein Auge, immer fühlte

Der Adlerschildträger Philipp Lenard

Von Dr. Bruno Altmann

nicht einmal begrifflich zu dieser Klasse von Raubgier und Vernichtung, die sich mit »Ideen« umhüllt, in Beziehung setzen. Die religiöse These erleichtert dem Verfasser freilich den entscheidenden und vielseitig belegten Nachweis: daß die Intoleranz und die Ausschließlichkeit des totalen Staates und der nationalsozialistischen Bewegung jede Verständigung mit der Kirche a priori verhindern. Zwischen diesen beiden Gesinnungswelten ist nur die Kampfposition denkbar. »Versöhnung« könnte es nur geben, wenn sich die Kirche offiziell zur Bittrolle des braunen Systems erniedrigte. Solange ihr die »Gesetze Gottes« Richtschnur des Handelns sind, kann das die Kirche nach der Meinung des Autors nicht tun. Durch seine einfache Existenz, die auf der Verkündigung des »Neuheidentums« beruht, muß der Nationalsozialismus jeden Brückenschlag zu nichte machen. Der Widerstand der Bischöfe — der freilich manchmal bis zur Mehrdeutigkeit taktisch wandelbar ist — wird diktiert von dem Willen zur Rettung des katholischen Glaubensgutes in Deutschland.

Den Beweis, daß er zu den militanten Katholiken gehört, unbeeinflusst von allen Bindungen kirchlicher Diplomatie, erbringt der Autor durch eine kräftige Sprache: »Das deutsche Volk wird die Ketten nicht ertragen, in die eine verrückte Despotie wildgewordener Landsknechte es geschlagen hat. Das deutsche Volk wird den Rücken wieder strafen, den es vor dem Knüttel und dem Beil verantwortungs- und rücksichtsloser Gesellen gebeugt hat... Es kommt der Tag, an dem von deutschen Völkern niemand mehr dabeigewesen sein will, keiner mehr daran erinnert sein will, daß er auch einmal dieser Scharlaterie aufgesessen ist... Das deutsche Volk wird zurückfinden zum Christentum und zu Europa, in die Gemeinschaft der Völker des christlichen Abendlandes, die ohne Deutschland verstümmelt sind.«

Daneben besitzt das Buch einen dauernden Wert durch seine sorgfältige und materialreiche Darstellung des Kampfes zwischen Kirche und Drittem Reich. Es veröffentlicht eine stattliche Liste katholischer Märtyrer und zeigt die pseudokatholischen Mitheiler bei der Aufrichtung der braunen Macht, so Franz von Papen, von dem behauptet wird, daß bisher kein Bischof Oesterreichs diesen antichambrierenden Gesandten empfangen habe: »Die deutschen Katholiken denken über ihn sowie Herrn Kaas, der trotz seiner fundierten Ansicht über Herrn von Papen leider keine Bedenken getragen hat, gemeinsam mit ihm an der Gestaltung des Konkordats zu wirken.« Diese erste wirkliche katholische Kampfschrift zeichnet sich also dadurch aus, daß sie die Berechtigung des Katholizismus zur Mitwirkung an der Niederzwingung der »Feldzeichen der Gewalt und der Unterdrückung« an seiner eigenen inneren Wahrhaftigkeit ermißt.

Howald.

Alle Kegel- und Skatvereine haben in Deutschland Fachzeitschriften, alle sind natürlich gleichgeschaltet und darum verpflichtet, eine Rangordnung aufzustellen, die den Arier — worunter selbstverständlich der Vollbürger Hitlerdeutschlands an erster Stelle verstanden wird — als Primus, den Juden als Ultimus der Klasse placiert. Alle diese Auslassungen sind einleitend nach einem Schema verfaßt. Man meine gewöhnlich Kegel- und Skatspiel seien Allerwärtsangelegenheiten und in dem Sinne international, daß unabhängig von Blut und Boden gespielt werden könne. Das sei aber ein Irrtum. In Wirklichkeit sei jede Leistung des Menschen »rassisch« bedingt. Das sagen die Hanswürste der Kegel- und Schafkopfsklubs, aber die nationalistischen Hanswürste der Wissenschaften tun es diesen Phantasten eifrig nach.

Geheimrat Lenard hat sich seit längerem zur Ruhe gesetzt, aber er kann vor nationalsozialistischem Eifer nicht zur Ruhe kommen. So veröffentlicht er jetzt im Lehmann-Verlag, ein vierbändiges Werk »Deutsche Physik«, das im Vorwort also beginnt: »Deutsche Physik?« wird man fragen. Ich hätte auch arische Physik oder Physik des nordisch gearteten Menschen sagen können. Man meint die Wissenschaft sei international. In Wirklichkeit ist sie wie alles, was Menschen hervorbringen, rassistisch, blutmäßig bedingt...« Der Geheimrat sagt, und Lenard ist ein ehrenwerter Mann. Wir haben also die Fallgesetze, die Lehren der Akustik, die Quanten- und Relativitätstheorie mit besonderem Respekt zu studieren, denn außer ihrem Inhalt ist die Tatsache der Bodenständigkeit und rassischen Blutbedingtheit ihrer Schöpfer so unendlich wichtig. Doch heraus aus dem Narrenhaus. Notieren wir lieber, wie Lenard, in jüngeren Jahren ein schöpferischer Physiker hohen Ranges, in dieses Narrenhaus hineingeriet. Die Krankheitsvorgeschichte des Mannes ist ein recht belehrender Beitrag zur Kulturgeschichte des Dritten Reiches.

Lenard ist als Nachfolger des Heidelberger Physikers Quincke auf den Lehrstuhl Bunsens und Kirchhoffs berufen worden. Er kam, im Jahre 1907, dorthin als verbitterter Mann. Ihm habe man die Entdeckung der X-Strahlen zu danken, die jetzt fälschlich den Namen Röntgens tragen. Röntgen habe ihm die Entdeckung geraubt, als Lenard bei ihm Assistentendienste leistete. Zuerst sagte Lenard das mehr andeutend, später deutlich und als Röntgen tot war, gerade heraus, und beliebig oft. Es war die moralische Bruchstelle in seinem Leben.

Politisch hat er sich schon im Kaiserreich mehr betätigt, als es damals bei Professoren der Naturwissenschaften üblich war. Er hatte behördlicherseits Schwierigkeiten zu überwinden gehabt, um Professor und Pri-

marassistent bei Röntgen zu werden. Man verdachte ihm seine Herkunft von italienisch-ungarischen Eltern und beargwöhnte ihn nebenbei, von der großelterlichen Generation her ein Sprößling aus verheimlichter jüdischer Abkunft zu sein. Das alles war in den Kreisen der Reaktion eine nachteilige Zugabe zur Karriere. Lenard haßte alles, was im alten Reich zur Reaktion gehörte, ganz besonders haßte er Wilhelm II. An Kaisers Geburtstag gab es in der Universität Heidelberg eine große Feier. Lenard blieb stets fern und sprach gelegentlich recht despektierlich mit Shakespeare über diese Sitte, von der »der Bruch mehr ehrt als die Befolgung«. Einmal erklärte er, es bestehe kein Anlaß zu feiern, er werde seine Übungen im Laboratorium wie sonst auch abhalten. Rektor und Senat erhoben Einspruch. Lenard gab nach.

Nach Ausbruch des Krieges verabschiedete er alle Oppositionsneigungen und war »nur noch Deutscher«. Man rechnete aus, daß er tausendprozentiger Deutscher geworden sei: als Italiener 300 Prozent, als Ungar 300 Prozent, als Jude 400 Prozent. Daß er irgendwie von irgendwoher jüdischen Einschlag wegkommen habe, ließ sich nicht feststellen.

Lenard wurde während des Krieges ein grimmiger Antisemit und das hat Einstein »verschuldet«. Populär war Einstein damals nicht, aber in der Fachwelt hatte er sich seit der Ergänzung seiner Doktrin durch die »Allgemeine Relativitätstheorie« — aufgestellt 1916 — bei den meisten Autoritäten durchgesetzt. Nun wußte man, Einstein hatte sich geweigert, das berüchtigte Manifest der 93 deutschen Intellektuellen aus Anlaß der Beschließung der Kathedrale von Reims zu unterzeichnen, wußte man, daß Einstein gleich zu Anfang des Krieges den Krieg als das gräßlichste Unglück Europas eingeschätzt und prophezeit hatte, daß keine Kriegspartei von ihm einen Vorteil haben werde. Jude und Antipatriot verschmolz bei Lenard zur Einheit, und nun wagte es dieser Jude gar noch, die Physik zu revolutionieren. Haß zu Wasser, und Haß zu Lande, in der Luft auch, den Engländern, den Franzosen; aber Haß im Himmel, auf Erden, in der Hölle den Juden. Den ersten Choc bekam sein Assistent, Professor Hans Bärwald zu spüren. Er kam mit vielen Auszeichnungen 1918 aus dem Felde zurück. Noch war Burgfrieden, kein Kriegsteilnehmer durfte entlassen werden. Lenard verstand es indessen so entzückend unausstehlich zu sein, daß der verkümmerte Assistent schleunigst aus seinem Gravitationszentrum verschwand. Die deutsche Niederlage mäfligte für einen Augenblick seinen Antisemitismus, überkompensierte die etwas gelockerte Haßkomponente dagegen durch einen desto fanatischeren Haß gegen die Ententevölker.

Lenard wurde von nun an ein Unikum. Als experimenteller Physiker ein Meister der Forschung in der Lehre wie zuvor, benutzte er jede erdenkliche Gelegenheit von der Physik zur Politik hinüber zu voltigieren. Er wollte nach eigenem Wort noch in der Aufzeigung der Elektronenstruktur ein deutscher Kämpfer sein. So wurde er zum Aegerer von Fakultät und Senat abseits des Lehrfaches eine Possenfigur. Der Spleen hatte ihn erfaßt: große Physiker durften nur noch Deutsche sein oder gewesen sein. Waren sie groß und galten sie als Ausländer, so sind sie ursprünglich noch Deutsche gewesen. Lenard sprach ihren Namen nur noch deutsch aus. So redete er zwei Kollegstunden von Raumur. Man verstand ihn nicht. Nach der dritten Stunde, in der er sich mit diesem Mann beschäftigte, hatte eine Studentin den Mut, ihm um biographische Angaben über den Physiker Raumur zu bitten. Lenard zum Katheder zurück und schrie in den Saal: »Ich werde gefragt, wer Raumur ist. Die Esel halten ihn für einen Franzosen und nennen ihn Reamur!« Ließ sich die deutsche Staatsangehörigkeit aber gar nicht, auch in der Aszendenz nicht nachweisen, so waren die für groß gehaltenen Physiker nur Pseudogrößen oder Nachtreter deutscher Originale. Manchmal gingen beide Methoden ineinander über: die Ausländer waren doch irgend wie Deutsche und nicht ganz groß. Es ist eine alte Streitfrage, wer die Schöpfer der Infinitesimalrechnung gewesen ist: Leibniz oder Newton? Die Gelehrten haben sich heute für die Gleichzeitigkeit und Unabhängigkeit der Schöpfung beider Forscher entschieden. Lenard befiehlt natürlich: Leibniz. Aber das Gravitationsgesetz hat nun doch kein anderer als Newton aufgestellt. Newton? Durchaus nicht, Neuton heißt der Mann.

Als die NSDAP ihren ersten Massenzustrom gewann, stellte sich Lenard ihr zur Verfügung. Jetzt wurde er ordinär. Am Tage von Rathenaus Begräbnis erklärte er, die offizielle Trauerfeier nicht mitmachen zu wollen. Er werde Übungen im Laboratorium abhalten, wie sonst auch, und sich die Teilnehmer merken, die an diesem Tage fehlten. Erpressung zur Pietätlosigkeit und zur indirekten Anerkennung des Mordes. Es kam zum Skandal. Arbeiter drangen in den Saal und erzwangen die Einstellung der Vorlesung. Lenard bestand auf gerichtlicher Verfolgung — Mierendorff wurde verurteilt, er hat es sicher diesem Vorfall zu verdanken, daß er heute noch im Konzentrationslager eingesperrt ist. Ein Wink von Lenard würde ihm die Freiheit geben, der Wink unterbleibt.

Nach der Machtergreifung Hitlers hat Lenard den »Adlerschild des Reiches« — früher hieß es Orden pour le Mérite — erhalten. Für seine antisemitische Polemik und für das Niveau dieser Polemik hat er

er sich angestarrt, beobachtet, stets schaute ihm ein anderer zu.

Nach vier Tagen rang der Inquisitor wieder die Hände, denn der Gefangene saß gelassen am Tisch, drehte seinen Rücken gegen das Auge, träumte vor sich hin, aß und trank wie sonst — von Geständnis keine Spur.

»Ein merkwürdiger Fall«, gab der Kerkermeister zu. »Vielleicht dichtet der Mann heimlich. Das lenkt ab.«

»Oder ist er Schachspieler«, sagte der Inquisitor. »Er spielt blind mit einem eingebildeten Gegner; auch das hab ich schon erlebt.«

»Und nun?« fragte der Kerkermeister.

»Müssen wir halt ausprobieren, ob was anderes anschlügt. Ein Ausländer. Da versagt unsere heimische Psychologie manchmal.«

Der Untersucher brauchte sich den Kopf nicht mehr zerbrechen, denn einige Tage später wurde der Gefangene frei gelassen. Seine Unschuld war erwiesen, der Raubüberfall aufgeklärt.

Der Untersucher hatte ihn nochmals zu sich gebeten. »Nur einige Fragen, ehe sie gehen. Wie haben Sie eigentlich das mit dem ewigen Auge ausgehalten? Hat ihnen das gar nichts ausgemacht?«

»Wenig.«

»Dichten Sie? Sind Sie Schachspieler?«

Der Gefangene schüttelte lächelnd den Kopf. »Meine Abhärtung stammt aus Blut und Boden. Ich komme aus einem Lande, in dem jeder das ewige Auge um sich hat. In diesem Lande fühlt sich jeder ununterbrochen beobachtet, angestarrt kontrolliert. Vom Häuserwart, vom Blockwart, vom Briefträ-

ger, vom Chor der Denunzianten, vom Mekkererjäger, vom Beitrags- und Spendenerpresser, von den Kontrolleuren beim Häuserfliegen. Immer ist man unter Kontrolle, immer im Kreuzfeuer einiger Augen, mehrerer Augen. Und alle lauern sie, alle wollen einem was tun! Was schert mich da das eine in der Zellentür, das nichts als irritieren will! Er lächelte. »Das macht unsoreins wochenlang auf einer Backe ab.«

»Schön. Aber diese vielen lauern den Augen — der Inquisitor stockte — »das halten die Leute bei Ihnen so aus? Bei uns werden im dritten Grad die meisten hysterisch.«

»Bei uns daheim allmählich auch. Deshalb bin ich fort.« Karl Rothe.

Korruptions-Preise

Bei Eröffnung der Münchener Kunstausstellung dröhnte jüngst der bayrische Staatsminister Adolf Wagner mit echt naziotischer Unverfrorenheit: »Die nationalsozialistische Revolution ist auch auf dem Gebiete der Kunst absolut siegreich gewesen...« Wer? wo? was? — kann man da nur fragen. Bisher wurde überall nur die braune Kunstpiette offenbar und immer wieder wurde aufs Warten vertrödet. Bereits wird eine neue Piette angemeldet, Börries von Münchhausen prözt in der DAZ vier Spalten lang gegen die literarischen Preisverteilungen ab. Um sich Rückendeckung zu schaffen, verweist er darauf, daß auch der Leiter der Schriftumsstelle, Dr. Hans Hagemeyer, vor Uebertreibungen der Preisverteilung gewarnt habe. Warum? Weil die bisherigen Ergebnisse zu blamabel

sind. Börries von Münchhausen klagt, er habe schon einmal 60 bis 70 Dichter genannt, »die in dem einen Jahr 1935 mit Preisen ausgezeichnet wurden« und sagt dann:

»Meine Bedenken betrafen die Tatsache, daß es niemals gleichzeitig so viele Dichter gegeben hat und geben kann, wie hier ausgezeichnet wurden, betrafen insbesondere die Preisträger. Weit über 100.000 Mark Dichterpreise in einem Jahr, — hoffentlich sind 10.000 davon an die rechten Männer gefallen!«

Aber was wird nun aus denen, welche die restlichen 90.000 Mark erhielten, aus den fünfzig Dilettanten, die ganz gewiß (und mindestens!) unter den 70 Preisträgern sind?«

Man führe auf diese Weise junge brave Reimer nur auf falsche Wege und schade der wirklichen Dichtung:

»Endlich möchte ich auch das noch erwähnen: Nehmen wir einmal an, ein junger Dichter von hoher Begabung hat einen dieser 70 Dichterpreise bekommen. Hat er damit auch schon einen Verleger? Keineswegs, und ich muß leider erzählen, daß viele Verleger eine Preisverleihung beinahe als Zeichen mangelnder Begabung ansehen. Also nicht nur menschlich und bürgerlich schädigt der Preis oft den Beglückten, sondern auch in seinem dichterischen Fortkommen.«

Das heißt: die Verleger wissen aus Erfahrung, daß diese Preise an gesinnungstüchtige Dilettanten fallen und das kaufende Publikum straft diese braunen Barden mit Boykott. Ein schönes Eingeständnis! Gauleiter Wagner aber brüllt: »Auch in der Kunst ist der Feind geschlagen und wo er noch lebt, wird er geschlagen, wo wir ihn treffen.«

Um jedoch die Sache bei dem Namen

zu nennen, den B. von Münchhausen nicht wagen kann: diese Preisverteilungen im Dritten Reich sind ein Stück hahnbücherner brauner Korruption. Aus öffentlichen Mitteln, aus den Geldern der Städte werden Stipendien für unfähige Parteibuch-Dilettanten erpreßt, Hitlers dichtenden Scharführern werden Stillprämien aus Stadtkassen zugesprochen. Eine kommende Zeit wird auch über diese Gaunereien Gericht halten müssen.

Gering, aber unzureichend

»Der geringe, aber unzureichende Geburtenanstieg 1934/35 ist zwar ein erfreuliches Zeichen der Zuversicht und Besinnung, er hat aber die Tatsache nicht grundlegend ändern können, daß die Eltern-Generation seit zwanzig Jahren durch die Kinder-Generation fortlaufend nur zu 60 v. H. ersetzt wird.«

Reichsbundesleiter Stüwe auf der Reichstagung des »Bundes der Kinderreichen« in Köln.

Umwälzung

Die »Reichsarbeitsgemeinschaft für Berufserziehung und Berufsausbildung im Gaststättengewerbe« hat angeordnet, daß die Gäste von ihren Biertischen aus künftig nicht mehr »Ober« zu rufen haben, sondern: »Herr Serviermeister, ein Helles!« — Die Leute haben recht: es gibt nur einen Ober in Deutschland.

Die Uniform

Göring hat als Devisenkommissar eine neue Uniform erhalten: »Mit Pump-hosenc.«

Nazi-Sozialpolitik

Herren- und Mannentreue

diese Ehrung des Dritten Reiches auch verdient. Selbstverständlich wurde er gegen Einstein noch besonders ordinär. Der Jude, der »Antipatriot« von 1914, der Reformator und Revolutionär der Physik, hatte Lenard zuguterletzt noch einen Dolchstoß versetzt. Als Hitler zur Macht kam, erbat Einstein seine Enthebung vom Amt des Direktors der Akademie der Wissenschaften und um Streichung seines Namens aus dem deutschen Staatsverband. Er wollte einem Volke nicht mehr angehören, das sich an einen Hitler geworfen hat. Das war natürlich diesem Renommiergötzen des Dritten Reiches zu viel. Er brachte im Vorwort seiner »Deutschen Physik« jetzt die blitzdumme Erbärmlichkeit dieser Ehrendieberei fertig: »Einsteins Relativitätstheorie wollte die ganze Physik umgestalten und beherrschen. Gegenüber der Wirklichkeit hat sie vollständig ausgespielt. Sie wollte auch gar nie wahr sein. Dem Juden fehlt auffallend das Verständnis für Wahrheit im Gegensatz zum ebenso unbändigen und besorgnisvollen Wahrheitswillen der arischen Forscher.« Lenard ist zu allem wohl stark verärgert noch über die Ausführungen, deren sich der junge Physiker Werner Heisenberg, ein Nobelpreisträger wie Lenard auch, unter dem Beifall eines Planck, Laue, Nernst etc. auf dem Kieler Naturforscherkongress erklärte; ohne Einsteins Relativitätstheorie könne die Physik auch nicht einen Schritt weiterkommen. Und er ist sicher darüber sehr verärgert, daß gerade die Uebereinstimmung der Einsteinschen Ergebnisse mit der Naturrealität — Ablenkung des Lichtes im Gravitationszentrum gewaltiger Himmelskörper, Rotverschiebung der Spektrallinien des von diesen Sonnen ausgesandten Lichtes — in den Lehrbüchern, sogar im Großen Herder 1933 hervorgehoben wird. Uebrigens ist der Satz vom unbändigen Wahrheitswillen arischen Forscher, nach dem Hitler, der Führer, seinen Hymnus auf die Lüge und zwar die knalligste Lüge im zweiten Bande seines Buches angestimmt hat, gar nicht ungefährlich für Lenard. Vielleicht passiert Lenard noch dasselbe wie Planck, dem der Führer direkt ins Gesicht sagte: »Sie haben es Ihrem hohen Alter zu verdanken, wenn ich Sie nicht ins Konzentrationslager stecke.«

Unterdrückte Bellfreiheit

Charakteristische Gefahren für Hunde.

In der jugoslawischen Hauptstadt, hat sich eine Fehde zwischen Polizei und alteingesessenen Hunden mit noch unüberschaubaren Folgen entwickelt. Ein Dekret des Präsidenten hat den Vierbeinern strikt untersagt, abends nach neun Uhr zu bellen, und er gedenkt, gegen die Besitzer der Zuwiderhandelnden mit hohen Geldstrafen vorzugehen. Die Unterdrückung der Bellfreiheit der Belgrader Hunde veranlaßt die nationalsozialistische Presse zu Betrachtungen, denen man einen gewissen elegischen Reiz nicht absprechen kann. So schreibt die »DAZ« über die vermutlichen Wirkungen des Verbots auf das jugoslawische Hundegemüt auf ihrer Titelseite:

»Sollte die Verordnung tatsächlich aufrechterhalten werden, so sind die Folgen für die Hundewelt nicht auszudenken. Früher sagte man »Hunde, welche bellen, belien nicht«; das hat jetzt, soweit die Belgrader Hunde in Frage kommen, keine Berechtigung mehr. Mit der Zeit wird sich hier das Hundegemüt völlig wandeln. Die Vierbeiner werden einsilbig werden, und man wird nicht mehr erkennen können, ob man es mit einem blissigen Hund zu tun hat. Der Hundecharakter wird verdorben, das ist die große Gefahr. So gut man dem Ochsen, der da drischt, nicht das Maul verbinden soll, so wenig darf man dem Hund, der da wacht, das Bellen verbieten. Mit solchen Verboten wird lediglich die Heimtücke begünstigt...«

Hier schreibt ein Hundekenner. In der Tat wird der Charakter von Hunden, denen man nur noch den Schwanz zum Wedeln läßt, systematisch verdorben. Aber grade darin liegt der Unterschied zwischen Tier und Mensch. Indem man den Zweibeinern des Dritten Reiches freies Bellen, Beißen und Meckern verbietet, werden sie nach dem Willen ihres Führers erst eine richtige Volksgemeinschaft.

Vom Hörensagen soll es allerdings mitten drinn ein paar schweigende Heimtücker geben.

Selbsterfleischung

Nach einer vorsichtigen Schätzung wohnen z. Zt. der Geburt Christi etwa 575.000 Germanen und 1 Million Nichtgermanen in Deutschland.

Wer stellt diese ketzerische Behauptung auf? Ein Miesmacher? Ein welscher Feind? Ein ostisch überlagerter Untermensch? Nein — das amtliche Parteiblatt »Preußische Zeitung« (Nr. 156, Rubrik »Fragen und Antworten«).

Die Arbeitsfront hat wieder ein neues Bild konstruiert, um ihre verlogene Sozialpolitik zu verherrlichen. In der DAK wird neuerdings vom »langen Korridor« geredet, der früher aus der Werkstatt in die Zimmer des Generaldirektors führte. »Der Korridor trennte die Menschen, wie astronomische Fernen.« Erst der Nationalsozialismus hat den Korridor einfach »abgerissen«, die geistige Krise »beendet«. Das neue Fundament heißt:

»Menschennähe — Fundament der Herren- und Mannentreue.«

Ueber die »Menschennähe« zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer im Dritten Reich geben die einzelnen sozialpolitischen Maßnahmen Aufschluß.

So berichtet »Recht der Arbeit«, daß der Gedanke der Betriebsgemeinschaft in Großbetrieben schwierig zu realisieren sei. Dagegen könne in den Kleinbetrieben die persönliche Zusammengehörigkeit von Führer und Gefolgschaft gefunden werden. Als besonders »glücklich« werden die Arbeitsverhältnisse mit

Barlohn, Wohnung und Beköstigung gefeiert. Hier sei noch ein Rest von »alten patriarchalischen Verhältnissen« vorhanden.

»Hier war das Arbeitsverhältnis tatsächlich bereits das, was die arbeitsrechtliche Gesetzgebung unserer Tage aus ihm rechtlich zu machen sich bemüht.

Es entspricht der alten »Herren- und Mannentreue«, daß der Gefolgsmann, falls er erkrankt und im Krankenhaus auf die Naturalleistungen seines Herrn verzichten muß, keinen Entschädigungsanspruch für den Entgang an Wohnung und Kost haben kann. Das Reichsarbeitsgericht hat entschieden, »daß das Gefolgsmannmitglied den in Naturalleistungen zu gewährenden Teil seiner Vergütung auch nur in dieser Form verlangen kann. Stellt der Betriebsführer Kost und Logis zur Verfügung, so hat der Gefolgsmann in der Regel auch davon Gebrauch zu machen, ohne einen Anspruch auf Barentschädigung zu haben, wenn er dies nicht tut.«

Ein anderes Beispiel nationalsozialistischer Sozialpolitik ist die Anordnung über die Verteilung der Arbeitszeit

Die DAK erläutert die Verordnung dahingehend, daß es im Belieben des Betriebsführers liegt, die regelmäßige Arbeitszeit durch eine Verschiebung der Arbeitsstunden innerhalb der 96-Stunden-Doppelwoche zu verteilen.

»Es ist hierbei nicht erforderlich, daß bestimmte im Betrieb liegende Gründe oder sonstige Umstände die Verteilung der Arbeitszeit notwendig erscheinen lassen. Allein maßgebend ist die ausschließliche vom Betriebsführer zu beurteilende Zweckmäßigkeit. Es ist weiter nicht Voraussetzung, daß der durch Ausfall von Arbeitsstunden nachträglich herbeigeführte Ausgleich vorher geleisteter Mehrarbeit vorauszu sehen war.«

Das bedeutet praktisch, daß Ueberarbeit, die zunächst als solche angeordnet und entsprechend zu vergüten war, nachträglich im Rahmen der 96-Stunden-Doppelwoche lag »und dadurch ein Anspruch auf Mehrvergütung nicht mehr besteht.« Der hier kommentierte § 4 der Arbeitszeitverordnung bedeutet demnach einmal die Aufhebung des Achtstundentags und zum anderen den Raub der Ueberstundenbezahlung. Der Generaldirektor und der Gefolgsmann, die im marxistisch-liberalistischen Deutschland durch den langen Korridor von einander getrennt waren, haben sich gefunden.

Dank an die Kriegsbeschädigten.

Ueber die Entlohnung minderleistungsfähiger Gefolgschaftsmitglieder, das sind die Kriegeschädigten und Arbeitsinvaliden, verkündet die DAK. Die Minderleistungsfähigkeit dürfte nicht zum Anlaß der Lohnkürzung genommen werden.

»Ein körperlich Behinderter, der eine gleichwertige Arbeit, wie ein gesundes Gefolgschaftsmitglied leistet, hat Anspruch auf vollen Lohn.«

Dieser Grundsatz ist in Wirklichkeit die Rechtfertigung für den verkürzten Lohn, weil eben der Arbeiter behindert ist, eine gleichwertige Arbeitsleistung zu vollbringen. Der Hohn geht noch weiter. Bisher war noch auf Grund der alten Tarifverträge vorgesehen, daß die untertarifliche Entlohnung der Kriegsbeschädigten an die Zustimmung des Betriebsrats gebunden war.

Diese Bestimmung ist durch den Wegfall der früheren Betriebsvertretung in vollem Umfang hinfällig geworden und gilt nicht etwa in dem Sinne weiter, daß der Führer des Betriebs eine untertarifliche Entlohnung nach Beratung im Vertrauensrat festsetzen könnte.

Jetzt ist die untertarifliche Entlohnung nur noch an die Genehmigung des Treuhän-

ders gebunden. Die Kriegsbeschädigten können Ueberlegungen darüber anstellen, wie im kommenden Kriege der Dank des Vaterlands bestellt sein wird.

»Treue Männer der Arbeit«

Arbeiter, die ein ganzes Menschenalter hindurch »treu und brav ihre Pflicht erfüllen« sollen durch die faschistische Sozialpolitik belohnt werden. Das geschieht zwar nicht durch den Ausbau der Sozialversicherung oder durch höheren Lohn.

»In dem Eisener Werk der Norddeutschen Woll- und Kammgarnspinnerei kann der Spinner A. J. sein 50jähriges Arbeitsjubiläum feiern. Sein Kamerad X. hat 40 Jahre dem Werk treu gedient usw... Das Unternehmen kann wahrlich stolz darauf sein, so treue deutsche Menschen in der Gefolgschaft zu haben. Die Mitteldeutsche thüringische Handelskammer hat dem Spinner J. die goldene Ehrenmedaille, dem Spinner E. die silberne Ehrenmedaille und dem Meister R. die bronzenen Ehrenmedaille überreicht.«

Die Ehrenabzeichen sollen den verkürzten Korridor darstellen. Sozialpolitik ist »Ehrensache« und sie darf nichts kosten, weil die Spesen den Korridor vom Werkstattarbeiter zum Generaldirektor verlängern.

Entrechtung des öffentlichen Personals.

Die Internationale Federation der Arbeiter, Angestellten und Beamten der öffentlichen Dienste gibt eine Uebersicht über den Raub der Rechte der Belegschaften in den öffentlichen Betrieben in Deutschland. Soweit die Arbeitsordnung vom Gesetz der Ordnung der Arbeit in den Privatbetrieben abweicht, geschieht es zu Ungunsten der Arbeiter. Alle Verwaltungen mit Hoheitsbefugnissen sind von der Errichtung eines Vertrauensrats befreit. Jeder Minister entscheidet, was eine Hoheitsverwaltung ist. Das Statistische

Boshafter Zeitgenosse

»Hitler, sprich deutsch!«

Einer von den vielen Reinigern der deutschen Sprache, die gegenwärtig sehr lebhaft an der Arbeit sind, — er versteckt sich hinter einem einfachen »Max« — veröffentlicht in der »DAZ« folgendes Gedicht:

Deutscher, sprich deutsch!

Statt Apparat sagt früh und spät
Ein deutscher Mann nur noch Gerät,
Vorrichtung, Zeug, — na, und so weiter!
— Das Fremdwort stimmt gar oft uns
heiter:
Beim Max- und auch beim Minimum
Denkt man an Max und Moritz! Darum
Sprich Höchstwert und auch Mindestwert,
Klingt's auch nicht ganz so hochgelehrt.
— Was ist normal? Es ist betrieblisch:
Gar manchmal heißt es einfach üblich,
Gebräuchlich und auch regelrecht;
Gewöhnlich ist oft auch nicht schlecht;
Doch senkrecht will's auch oft besagen,
Manchmal auch normig. Ohne Zagen
— Ohn' daß ich mit der Wimper zucke —
Gesteh' ich: 's heißt auch »menschugg«.
— Funkzeit heißt normale Zeit
Bei Hüber und Kalludrigkeit,
Doch die normale Spur heißt nur
Bei Eisenbahnen Regelspur.
— Und nun zum Schluß: Merk' dir, mein
Sohn,
Ein deutscher Mann sagt nie Fraktion,
Dieweil sich Reibung besser spricht.
(Red' deutsch, mein Freund, und
meck're nicht!) Max

Hier tarnt sich offenbar ein Mockerer hinter der Wafnung an andere, nicht zu meckern. Sein Gedicht ist nichts als ein heimtückischer Angriff auf den Führer. Wir versagen es uns, aus »Mein Kampf« nachzuweisen, daß es, soweit deutsche Sprache und deutsche Zunge reichen, neben Dinters »Sünde wider das Blut« kein Buch gibt, in dem sich anspruchsvolle Promdwörter so schelmebildet tummeln wie hier. Hitler hat einen Komplex, Einfaches möglichst schwierig auszurücken. Ihm genügt nicht Evolution: er ist jetzt der Zeitgenosse einer »evolutionären Entwicklung«. Er läßt seine Revolution »legalisieren«. Er »proklamiert« — wir folgen bei diesen Zitäten der letzten von ihm gehaltenen Rede im Berliner Lustgarten — dem deutschen Volke einen Feiertag. Ein gewöhnlicher Abschluß reicht nicht aus: er muß »symbolisch« verkündet sein. Starker Wille ist für ihn immer »konzentriert« und er hebt die Masse nicht, wenn sie »stürbent« ist. Seit seinem Regierungsantritt ist er bemüht, den »Faktor der Stabilität« in den unsicher schwankenden Boden Europas einzubauen, weil er ein »Garant«, natürlich der Zivilisation und es Friedens, zu sein gedenkt und anerkannt werden will.

Das ist die »Regelspur« bei Hitler, oder besser: das »Normige« an ihm. Zum Glück werden die Lauscher seiner Rede hin und wieder durch Worte von überwältigender Schlichtheit entschädigt. Es soll Tränen inmitten »minutenlang jubelnder Bewegung«

Reichsamt ist als Hoheitsverwaltung erklärt worden, desgleichen das Aufsichtsamt für Privatversicherung. Göbbels hat z. B. die Theaterkammer, der alle Schauspieler zugehört, als Hoheitsverwaltung erklärt. Die Treuhänder der Arbeit sind für die öffentlichen Wirtschaftsbetriebe ausgeschaltet.

Die Dienstanordnung, wie sie für Privatbetriebe vorgeschrieben ist, ist den öffentlichen Betrieben nicht vorgeschrieben. Sie sind von den Vorschriften, über den Kündigungsschutz ausgenommen. Tarifverträge kann der Arbeitsminister oder der Sonderbeauftragte willkürlich außer Kraft setzen. Hinsichtlich der Arbeitszeit werden die Arbeiter und Angestellten den Beamten gleichgestellt, obwohl sie hinsichtlich der Rechte diese Gleichstellung nicht erfahren. Zehnstündige Arbeitszeit an Wochentagen, achtstündige Sonntags- und Feiertagsarbeit ist zulässig. Die Beamtenausschüsse sind in Wegfall gekommen. Um die Nazi-Anwärter zu versorgen, sind viele Tausende von Angestellten und Arbeitern der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen auf die Straße gesetzt worden. So hat allein die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung von 26.000 Arbeitern, Angestellten und Beamten 1933 nicht weniger als 11.000 gekündigt.

Die Zerschlagung jeder Sozialpolitik hat einen Ersatz gefunden durch die soldatische Disziplin in den Betrieben. Ley erklärt in einem neuen Appell »an die Soldaten der Arbeit«:

»Oberstes Gesetz der Gemeinschaft ist die Disziplin, ausgedrückt durch die Begriffe Führer und Gefolgschaft. Unser Vorbild ist der Soldat.«

Endlich findet der deutsche Arbeiter den Weg durch den einst so langen Korridor. Die Arbeiterkaserne schafft »Menschennähe«.

wie es im offiziellen Bericht heißt, gegeben haben, als er im Lustgarten lobend von »unserm lieben Deutschen Reich« sprach. Das Reich, gerührt ob solcher Huld seines Führers, hat daraufhin versprochen, ihm ganz bestimmt tausendjährig zu gehören.

Erneuerte Astlochgucker

Wir lesen in der »Frankfurter Zeitung«:

Das Preußische Obergericht sagt in einer Entscheidung, daß der Ehebruch eines Beamten grundsätzlich als schweres Dienstvergehen zu ahnden sei, auch wenn der Ehebruch nicht in weiteren Kreisen bekanntgeworden und von den Ehegatten verziehen worden sei.

Wer künftig avancieren will, tut gut daran, im Schlafzimmer der Konkurrenz herumzuschneffeln. Auf diese Weise wird »die Ehre der deutschen Frau«, das »Ansehen der deutschen Familie« zweifellos am besten gereinigt und gerettet.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—), Dänzig Gold. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postcheckkonten erfolgen: Tschecoslowakische Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.